

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 55 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
30. April 1913

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Zetkin (Zunfel), Wilhelmshöhe,
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Wir sind die Kraft. — Der schlimmste Feind. Von W. Selinger. —
Maiseier und Arbeiterinneninteressen. Von G. H. — Ein mutiger
Brief. — Die Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit. Von
Mathilde Wurm. — Warum fordern wir die Freigabe des Sonn-
abendnachmittags? Von Martha Hoppe. — Das Weib und der
Krieg. Von Wilh. Voegel. — Erdrückende Last. Von J. K.
Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Aus den Organisationen. —
Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. —
Arbeitslosenräthung im Deutschen Textilarbeiterverband. Von sk.
— Aus der Holzarbeiterbewegung. Von sk. — Genossenschaftliche
Rundschau. Von H. F.
Notizenteil: Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels-
und Verkehrswezens. — Sozialistische Frauenbewegung im Aus-
land. — Frauenstimmrecht. — Die Frau in öffentlichen Ämtern.

Wir sind die Kraft.

Das Brausen eines starken Sturmes geht durch das zeit-
genössische Geschehen im Leben der Völker. Was es kündigt,
davon reden am Vorabend der diesjährigen Maiseier ein-
dringlich zwei Ereignisse zu den ausgebeuteten Massen: das
auf die Spitze getriebene Wettrüsten der Staaten, das in
Deutschland die Wehrvorlage geboren, der grandiose General-
streik in Belgien, dessen Ziel das gleiche politische Recht für
die Arbeiterklasse ist. Rüstungswahnsinn, der den Völkermord
vorbereitet, und Generalstreik, der durch das Recht dem Volke
eine Gasse bahnen soll, die dem Frieden, der Freiheit ent-
gegenführt, scheinen die beiden nicht schärfste Gegensätze?
Und doch schließt sich im Spiele und Widerspiel des vorwärts-
treibenden geschichtlichen Lebens ihr Sinn zusammen und
eine große, erhebende Mahnung tönt aus ihnen den Mai-
feiernden ans Ohr.

Entkleiden wir den Rüstungskoller all der phrasenbestückten
Gewänder, mit denen ihn die Prozentpatrioten im tadellosen
Gehrock oder in der betrocknen Uniform behängen, die Ehren-
männer vom Schlage der Leitenden und Ruhnießer der
Deutschen Munitions- und Waffenfabriken Dillingen oder
bei der Firma Krupp mitjamit ihren militärischen Gönnern.
Was ist er dann anders als die Vorscheinung des Todes-
urteils, das die Geschichte über die bürgerliche Ordnung der
Ausbeutung und Knechtung des Menschen durch den Menschen
spricht? Das Rüstungsfieber bringt zum Ausdruck, daß dem
Kapitalismus der Atem ausgeht, wenn ihm die gepanzerte
Faust der Staaten nicht durch Raub und Mord neue Herr-
schaftsgebiete unterjocht. Daß die heutige Gesellschaft in
ihrem eigenen Fette erstickt, wenn sie nicht bewußt durch
Krieg und Kriegsvorbereitung vollendet, was von Zeit zu
Zeit die Krise blind wütend bewirkt: die wahnwitzigste Ver-
geubung und Vernichtung menschlicher und dinglicher Pro-
duktivkräfte. Daß es um die bürgerliche Ordnung geschehen
ist, wenn ihre Sklaven sich zählen und sich nicht mehr durch
das Geschrei von dem äußeren Feinde über täuben lassen,
ihren Todfeind in der Heimat zu erkennen und zu Boden zu
ringen. Daß die ausbeutende und herrschende Minderheit
der christlichen Staaten, der Kulturwelt ihrem goldhun-
gerigen Machtbedürfnis zuliebe mit dem Imperialismus allen

Geboten der Religion ins Antlitz schlägt, zu der sie sich mit
den Lippen bekennt, alle Kulturideale zerstampft, deren sie
sich rühmt, und die die kristallisierten Qualen und Selig-
keiten ungezählter arbeitender, ringender Geschlechter sind.

Es klirren die schäumenden Becher, bei denen Militärs den
nächsten „frisch-fröhlichen“ Krieg leben lassen; es jauchzt der
vaterländische Chor der Kanonen- und Pulverfabrikanten,
der Uniform- und Pferdelerferanten, derweilen diese Braven
im stillen schmunzelnd den winkenden Profit der neuen
Rüstungen nachrechnen. Inmitten des tollen Jubels aber
schreibt die Wehrvorlage in Deutschland, das Gesetz über die
Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit in Frankreich mit
Riesenfaust der bürgerlichen Ordnung das Mene, mene tefel
upharfin. Und mit der Schrift zusammen erscheinen an der
Wand Bilder des Grauens. Die Schädelstätten, mit denen
der Imperialismus in trunkener Gier seit weniger als
zwanzig Jahren — seit dem Japanisch-Chinesischen Kriege —
die Erde von den Philippinen bis zum Balkan übersät hat.
Die weiten Schlachtfelder, auf denen der drohende Weltkrieg
die zersehten Leiber der Toten und Verwundeten aufstürmen
wird, und ihr Gegenstück: die armseligen Wohnungen — Hun-
derttausende und aber Hunderttausende! —, in denen Mütter,
Witwen, Waisen weinen. Hat die Marokkoaffäre, haben die
internationalen Reibungen um Durazzo, das „Fenster am
Adriatischen Meere“, nicht scharf genug beleuchtet, daß es
an einem Haare hing, und die Profitlüsternheit winziger
Minderheiten hätte den Anstoß dazu gegeben, die Völker
Europas wie Viehherden zur Schlachtbank zu schleifen?

Jedoch neben der Furcht der Völker steht ihre Hoffnung.
Der gewissenlosen Barbarei des Imperialismus ist ein ver-
antwortungsvoller, kultursehnsüchtiger Todfeind entstanden:
das Klassenbewußte Proletariat. Wann und wo die Gefahr
des Weltkriegs emporzuzüngeln begann, da war es seine
starke Hand vor allem, die dem Unheil wehrte. Der Profit,
der Gott der kapitalistischen Welt, heßt die Ausbeutercliquen
und die herrschenden Klassen der einzelnen Länder gegen-
einander. Aber gegen seinen Willen muß er die Ausgeplün-
derten der ganzen Welt vereinigen zum Kampfe gegen alles,
was kapitalistischen Wesens ist. Nicht harthörigen Seelen ist
seit nun 24 Jahren bei der Maiseier das hohe Lied gepredigt
worden von der Brüderlichkeit der Proletarier aller Länder,
dem Felsen, der den Weltkrieg trägt. Das beugen die
Demonstrationen des Volkes der Arbeit in kriegsschwangerer
Stunde, und das hat der internationale sozialistische Kon-
grefz zu Basel feierlich besiegelt, diese Kundgebung eines ge-
waltigen internationalen Massenwillens, deren Bedeutung
alle Veranstaltungen bürgerlicher Friedensfreunde — die
interparlamentarische Konferenz zu Bern inbegriffen — wie
zierliche Nippfassen neben einem stolzen Dome erscheinen
läßt.

Lenkt so der Imperialismus den Blick auf die Sprünge
und Risse am Bau der bürgerlichen Ordnung, die künftige
Ruinen prophezeien, so zwingt er nicht minder die Aufmerk-
samkeit auf das neu emporblühende geschichtliche Leben. Die

brennende Friedenssehnsucht der Völker, ihr Widerstand gegen den Brudermord ist unlöslich mit dem proletarischen Klassenkampf zusammengeschweißt. „Ihr seid die Kraft,“ mahnen im Ringen um Krieg und Frieden immer eindringlicher die Ereignisse die frondenden Massen. Und mit wachsendem Selbstvertrauen klingt es von anschwellenden Kämpferscharen zurück: „Wir sind die Kraft!“ Heraus, Frauen und Männer, aus jeder Werkstatt, drin es pocht, aus jeder Hütte, drin es ächzt, um das am 1. Mai zu bekunden!

Ist nicht der belgische Generalstreik das gleiche stolze Bekenntnis des Selbstvertrauens, der nämliche Beweis unaufhaltsam empordrängenden proletarischen Klassenlebens? Seit langen Jahrzehnten schon empfindet die belgische Arbeiterklasse als drückende Kette, daß sie nicht gleichen politischen Rechtes mit ihren Ausbeutern ist. Merikale und liberale Regierungen haben miteinander gewetteifert, sie um ein demokratisches Wahlrecht zu pressen. Die wichtigsten Siege auf dem Wege zum Ziele hat sie bisher aus eigener Kraft durch den politischen Massenstreik erzwingen müssen. Und nun ringen die belgischen Proletarier abermals mit der erprobten Waffe um eine Verfassungsreform, die das schändliche Pluralwahlrecht beseitigen soll. 500 000 meuternde Lohnsklaven, die um ihres Rechtes willen trotzig die Arme kreuzen und ihren „Brotherren“ die Arbeit verweigern, die diese reich macht, sie selbst aber arm läßt und doch die Quelle ist, aus der ihr kärglicher Unterhalt fließt. Es stinkt das sonst so geschäftige Treiben der Gruben, Fabriken und Handelshäuser in den Industriezentren und großen Städten; das fieberhafte, lärmende Hasten im Hafen zu Antwerpen ist ungekannter Feiertagsstille gewichen. Ein Zittern geht durch das Wirtschaftsleben Belgiens, seit der eine entschlossene Ruck daran erinnert hat, daß der Riese Proletariat auf seinen Schultern die Gesellschaft trägt und mit starkem Arme die Räder des ökonomischen Betriebes im Takte hält. Ganz gleich, wie der weitere Verlauf des Ausstandes sein mag, und welches Schlusergebnis zu buchen sein wird. Die bloße Tatsache, daß dieser Streik war, daß er einem Fabelwesen der Urzeit gleich aufstand in riesenhafter Größe und Kraft, gezeugt vom Rechtshunger und der Freiheitssehnsucht der ausgebeuteten Massen, genährt mit dem Brot ihrer Entbehrungen und Opfer, diszipliniert von dem eisernen Willen einer zielsicheren Erkenntnis: diese bloße Tatsache allein bleibt ein weltgeschichtliches Ereignis von unvergänglichem, weittragender Bedeutung. Auch dort, wo es um politisches Volksrecht geht, um das Ideal der Demokratie; schallt den vorwärtsdrängenden Massen von Tatsachen und Geschehen der ermunternde Ruf entgegen: „Ihr seid die Kraft“. Und Belgiens Proletarier geben ihren Brüdern der ganzen Welt das ruhmreiche Beispiel der Antwort: „Wir sind die Kraft“.

„Wir sind die Kraft,“ könnte dieser Ausdruck männlichen Selbstvertrauens die Maifeiernden in Deutschland nicht vermessen dünken? Wie dürrig und bitter sind die Früchte der Arbeiterschutzesetzgebung, der Sozialreform, die das deutsche Proletariat in diesen 24 Jahren geerntet hat, seitdem es sich mit der kämpfenden Arbeiterklasse der ganzen Welt um den Maibaum schart, durchgreifenden Schutz des lebendigen Menschen gegen die fressende Gier des ausbeutenden toten Besitzes heischend. Allein mußte nicht auch das Wenige in heißem, zähem Kampfe erstritten werden, der immer wieder die robuste, vorwärtsstürmende Kraft der Habenichtse offenbarte? Dem Wenig der Gesetzgebung fügt sich das Mehr an Berücksichtigung des Menschen im Lohnsklaven hinzu, das der gewerkschaftliche Kampf der kapitalistischen Ausbeutung aus den Fängen gerissen hat. Und kleinstimmiges Stammeln von der Schwäche des Proletariats muß im Angesicht der gewaltigen Leistung verstummen, die es durch den Aufbau seiner Organisationen vollbracht hat. Aber der Arbeitertrug, züchtigt er uns nicht mit den Ruten der Willkür, der Zuchthausurteile, der politischen Rechtsverweigerung, weil wir Schwache sind? Die kapitalistische

Ordnung der Gewalt hat Almosen und Zunderbrot für Bettler und Hilflose, die ihr nicht gefährlich dünken. Die Ehren der Zwangsmaßregeln, der Rechtsbeugung behält sie den Starke vor, die sie fürchtet. Sobald die Frondenden wagen, sobald sie den gebeugten Rücken emporrecken, werden sie erkennen, daß sie nicht so klein sind und ihre Herren nicht so groß, wie die anerzogene Demut der Jahrtausende es wähnte. In der richtigen Einschätzung ihrer Zahl und der Bedeutung ihres Wertes für die Gesellschaft ertönt es dann überall, wo proletarische Massen die Hände regen: „Wir sind die Kraft“.

Als Demonstration gegen Wehrrüstungen und Kriegshege, als Kundgebung für großzügige Reformen, als Auftakt zu dem Wahlkampf in Preußen muß die Maifeier mehr als je im Zeichen dieser Losung stehen.

Der schlimmste Feind.

„Sind, wie wehe mir, als ich dich gebär, und noch endlos weher, da man dich mir entreißt.“
 „Was murrest du so lange, Weib? Der Gott muß Opfer haben: der Staat ist in Gefahr, und nur Moloch kann uns retten!“
 Grabbe: „Gannibal“.

Der Staat ist in Gefahr, nur Moloch kann uns retten! Mit diesem Rufe betörten die Priester Karthagos das Volk, wenn sie seine Kinder ihrem greulichen Gözen in den Nacken warfen. Nur Moloch kann uns retten! Das haben die heutigen Gewaltthaber oft genug nachgeplärret, so klingt's auch wieder in diesen Tagen, wo sie von den proletarischen Massen neue Opfer heischen für ihren Gözen, den Militarismus. Was murrest ihr da drunten, ihr Männer und Weiber, daß wir euch die letzte Habe nehmen, euren letzten, schwächlichsten Sohn in die Kaserne treiben wollen? Der Gott muß Opfer haben!

Warum sollen dem deutschen Volke neue Militärkosten aufgebürdet werden? Sein Nacken ist unter dem alten Joeh schon tief genug gebeugt. Warum muß das stehende Heer so gewaltig verstärkt werden? Steht der Feind vor der Tür, um uns zu überfallen? Nein. Der Kanzler des Reiches sagt: Es ist Friede ringsum. Aber es kann nur Friede bleiben, wenn wir weiterrüsten — weiterrüsten im wahnsinnigsten Maße und dadurch die anderen Nationen zwingen, das gleiche zu tun bis zum Weißbluten der Völker. Werden sich die arbeitenden Massen diese Logik mit allen ihren Folgen widerstandslos aufdrängen lassen? Uns dünkt, da gibt es Arbeit für die proletarischen Mütter. Ihre Pflicht ist es, den Anschlag auf ihre Söhne, auf ihre Klasse abzuwehren zu helfen.

Die neue Verstärkung des Heeres kann nur erfolgen, wenn bei der Aushebung die Anforderungen an die körperliche Tauglichkeit der Rekruten noch weiter herabgemindert werden. Die Leistungen in den Kasernen dagegen wird man eher hinaufzuschrauben trachten, man wird von dem Schwächlichen daselbe fordern wie von dem Starken. Wird das nicht unausbleiblich zur Folge haben, daß den Quälereien und Mißhandlungen der Soldaten durch rohe Vorgesetzte erst recht Tür und Tor geöffnet wird? Was wir an Soldatenschindereien in den letzten Jahren schauernd miterleben mußten, ist wohl geeignet, die Herzen der Mütter mit banger Sorge um ihre Söhne zu erfüllen. Ein Mann bei der Marine wurde zu Tode geprügelt, weil er es in dem glühend heißen Kessel nicht ausgehalten hatte, in dem er arbeiten sollte. Ein Soldat wurde gezwungen, mit dem Munde Strohhalm aus einem Misthaufen zu ziehen, noch ein anderer, den Inhalt eines Spucknapfes auszutrinken. Wer kennt all die qualvollen Einzelheiten tausend anderer Fälle, in denen rohe Schinderknechte ebenso bestialisch an ihren wehrlosen Opfern sich vergingen? Nur ein Teil von ihnen kommt ans Tageslicht. Wo wird dem Mißhandelten Gelegenheit, Genugtuung zu suchen, ohne die Rache seiner Peiniger heraufzubeschwören? Und schafft er sich selber sein Recht, dann hat er „schwere Freiheitsstrafe, unter Umständen Zuchthaus verurteilt“, auch „ist

jeder Vorgesetzte berechtigt, um einen tätlichen Angriff des Untergebenen abzuwehren, die Waffe gegen ihn zu gebrauchen". Die Strafbestimmungen für die mißhandelnden Vorgesetzten sind wesentlich milder. Bei körperlichen Mißhandlungen kann nach § 122 des Militärstrafgesetzes auf eine Strafe bis zu drei Jahren Gefängnis oder Festungshaft erkannt werden. In minder schweren Fällen ist eine Ermäßigung der Strafe auf eine Woche Arrest möglich. Es ist männiglich bekannt, wie milde die Soldatenschinder — zumal wenn es Offiziere sind — in den meisten Fällen behandelt werden. Die Militärjustiz ist Klassenjustiz in schärfster Form.

Es ist aber keineswegs allein die schlechte Behandlung, der die Söhne des Volkes in der Kaserne preisgegeben sind, die uns zwingt, gegen die neue Heeresvorlage Front zu machen. Es kommt noch für die arbeitenden Massen der ungeheure materielle Verlust in Betracht, den sie erleiden müssen, wenn zu den vielen anderen auch noch die neuen Zehntausende junger Menschen in den besten Jahren ihrer Erwerbstätigkeit entzogen werden. In unzähligen Familien ist der erwachsene Sohn der Erhalter kleiner Geschwister, der alten Eltern usw. Da ist manche betagte Mutter, die froh war, daß ihr Junge sein Brot verdienen und ihr mit ein paar Groschen ausbelfen konnte. Nun kommen die Patrioten und sagen: Du bist jetzt Soldat. Du wirst in den „Rock des Königs" gesteckt und mußt dich auf die Schlachtbank schleppen lassen, wenn es die Interessen der herrschenden Klassen erheischen. Und wenn du als Krüppel heimkehrst, dann hängen wir dir ein Stück Blech an die Brust, und du kannst an den Straßenecken das schöne Lied orgeln: „Deutschland, Deutschland über alles". Zurzeit wird viel Aufhebens gemacht von der „Opferwilligkeit" der Fürsten, die auch für die Wehrvorlage von dem Überflus spenden wollen, den das Volk für sie aufbringen muß. Da ist es wohl angebracht, daß man des Glends der Veteranen gedenkt, die ihre gesunden Glieder für das Vaterland zu Markte getragen haben. In derselben Zeit, als dem preussischen Landesvater, dem reichen Zollernfürsten seine Millionenzulage bewilligt werden mußte, veröffentlichte die „Tägliche Rundschau" folgendes Inserat: „Welcher Patriot hat ein Scherlein übrig für die 82jährige fast völlig erblindete, in bitterster Armut lebende Witwe eines Veteranen der schleswig-holsteinischen Feldzüge von 1848 bis 1849 und für die Witwe eines infolge der Kriegstrapazen frühzeitig verstorbenen Veteranen der Feldzüge von 1866 und 1870/71, die infolge eines Beinleidens ans Bett gefesselt und so arm ist, daß sie sich kaum die nötigen Verbandstoffe kaufen kann. Gaben der Warmherzigkeit" usw. Wem fielen bei dieser Parallele nicht Ludwig Pfau's Verse ein?

Der König will sich lustig machen,
Drum armes Weib, verschmachte du.
Die Herren Prinzen wollen lachen,
Das kostet manches Bauern Ruh.

Wenn so die neue Heeresvorlage, wie der Militarismus überhaupt, den Interessen der breiten Volksmassen ins Gesicht schlägt, so dient sie um so mehr den Interessen und dem Profitbedürfnis der herrschenden Klassen. Die Großkapitalisten, die als Armeelieferanten, als Staatsgläubiger usw. in Betracht kommen, werden neue Riesengewinne einsacken können. Für die notleidenden Junker aber ist noch in besonderer Weise gesorgt. 4000 neue Offizierstellen sind vorgeesehen.

Für Junker, die kein Glück gehabt
In Schafzucht und in Wolle,
An Leib und Seele abgeschabt,
Für Junker — welche Rolle.

Ablige Bürschlein, die „Hoffart nur und Stroh" im Schädel haben, sind noch immer gut genug, um die Proletariersöhne im Waffenrock zu kuragen. Und sie werden gewiß am rechten Plage sein, wenn es einmal gilt, die gepanzerte Faust nicht nur nach außen zu ballen, sondern nach innen damit dreinzuschlagen gegen den „Feind", der den herrschenden

Klassen von Tag zu Tag mehr Sorge macht: gegen das Klassenbewußte Proletariat. Das empörende Wort: Ihr müßt im Notfall auch auf Vater und Mutter schießen, es soll jede Stunde Wahrheit werden können. Der Geist der Kaserne soll noch stärker unser ganzes Leben vergiften und jede freiheitliche Regung im Keime ersticken. Das ist es, was die herrschenden Klassen von einer Vermehrung des stehenden Heeres erhoffen, warum sie dem Moloch sogar selbst ein kleines Geldopfer zu bringen bereit sind. Das ist es ganz besonders, wogegen sich die proletarischen Massen mit aller Kraft zu wehren haben. Soll das „Vaterland" für sie noch mehr zur Kaserne, zur Zwangsanstalt, zum Zuchthaus gemacht werden?

Wir stellen der Forderung der herrschenden Klassen nach Vergrößerung des stehenden Heeres die Forderung nach allgemeiner Volksbewaffnung und weitestgehender Demokratisierung des Heerwesens entgegen. Unsere Jugend soll wehrhaft heranwachsen. Wir wollen von den furchtbaren Lasten frei werden, die uns heute drücken, um unsere Kinder kräftig nähren und sorglich pflegen zu können. Sie sollen in Licht und Sonnenschein sich tummeln und ihren Körper stählen lernen. Nicht länger soll ihnen Körper und Geist in den dumpfen Stuben, in den düsteren Fabrikräumen verkümmern. Und sie sollen dann auch fähig sein, die Waffen zu führen, um im Notfall das Vaterland gegen jeden Feind zu verteidigen, der seine Freiheit oder seine Rechte anzutasten wagt. Freilich müssen sie sich dieses Vaterland erst erschaffen. Heute haben die Proletarier nur ein Vaterland, das die Leute der besitzenden und herrschenden Minderheit ist, heute steht ihr schlimmster Feind innerhalb der Grenzen. Und zum Kampfe gegen diesen Feind sollen die Arbeitermütter ihre Kinder erziehen. Ihre Zungen, die man in die Kasernen treibt, müssen wissen, was ihre Pflicht in schicksalschwerer Stunde gebietet. Sie dürfen nicht schimpflichen Verrat üben an dem, was uns das Heiligste ist. Arbeitermütter, sorgt, daß die Drachensaate, die die Herrschenden jetzt wiederum säen, ihnen selbst einst die rechte Frucht trage.

W. Selinger.

Maifeier und Arbeiterinneninteressen.

Obgleich eine geraume Zeit vergangen ist, seit die Vertreter der Arbeiterklasse auf dem ersten Internationalen Kongreß zu Paris beschlossen haben, am 1. Mai jeden Jahres demonstrativ die Einführung des Achtstundentags zu fordern, sind wir noch weit davon entfernt, die Vorteile des Achtstundentags zu genießen. Nur für eine verhältnismäßig kleine Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen beträgt die tägliche Arbeitszeit nicht mehr als acht Stunden. Die weitaus meisten erwerbstätigen Proletarier müssen sich heute noch erheblich länger vom Unternehmertum ausbeuten lassen. Mit ganz wenigen Ausnahmen hat die Gesetzgebung den Achtstundentag nicht festgelegt. Von diesen abgesehen, begrenzt noch immer keinerlei gesetzliche Vorschrift die Höchstdauer der täglichen Arbeitszeit erwachsener Männer; für die erwachsenen Arbeiterinnen wurde mit Ach und Krach endlich der Behnstundentag durchgesetzt; nicht einmal die tägliche Arbeitspein der jugendlichen Arbeiter ist auf acht Stunden beschränkt worden, und dies, obgleich das Gesetz die jungen Proletarier schon mit 16 Jahren für erwachsen und reif genug erklärt, die volle Unbill der kapitalistischen Wirtschaft zu tragen. Wo die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft darüber hinaus durch die Festsetzung der Arbeitszeit gezügelt ist, geschah es durch die Selbsthilfe der Arbeiterschaft, durch ihre gewerkschaftliche Organisation. Diese tritt mit der gleichen Energie, mit der sie für bessere Löhne kämpft, auch für die Verkürzung der Arbeitszeit ein. Häufig mußte sie dabei erfahren, daß die letztere Forderung auf noch größeren Widerstand bei den Unternehmern stößt als die auf Erhöhung der Löhne.

Und dies ist auch verständlich. Verkürzte Arbeitszeit gibt den Arbeitern und Arbeiterinnen erst die Möglichkeit, das

einigermaßen auszugleichen, was die heutige Art der Produktion unter der kapitalistischen Fuchtel an ihnen sündigt durch den Zwang zu lang andauernder, sich ewig wiederholender, eintöniger Verrichtung. Die wenigen freien Stunden, die selbst bei verkürzter Arbeitszeit den Arbeitern und Arbeiterinnen bleiben, ermöglichen diesen erst, als denkende Menschen zu leben und sich klar zu werden über Dinge, die ihnen bisher als etwas Gegebenes und Selbstverständliches, daher Unabänderliches erschienen. So steht die geistige Entwicklung und die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Bevölkerung im umgekehrten Verhältnis zur Dauer der Arbeitszeit. Verkürzte Arbeitszeit geht mit Erhöhung des Lohnes und mit Verbesserung der Arbeitsbedingungen, besonders auch in hygienischer Beziehung, Hand in Hand und läßt ein reges Geistesleben emporpriesen. Und wenn diese ihre Folgen nicht sofort eintreten, lassen sie doch für die Zukunft nicht auf sich warten. Verkürzte Arbeitszeit erhebt stumpfsinnig frondende Proletarier zu Kämpfern. Den Unternehmern ist das ganz gut bekannt. Sie fürchten die Folgen der verkürzten Arbeitszeit mehr als die materielle Besserstellung der Arbeiter allein. Daher sträuben sie sich aufs äußerste gerade gegen die Bewilligung kürzerer Arbeitszeit.

Trotzdem haben die Gewerkschaften für eine große und wachsende Zahl Arbeiter und Arbeiterinnen schon die Arbeitszeit erheblich verkürzt. Die Gesetzgebung hinkte ganz bedeutend hinter dem Wandel der Dinge nach, als sie 1891 den Elftundentag für erwachsene Arbeiterinnen einführte, als sie nach beinahe zwanzig Jahren auf Drängen der Sozialdemokratie festlegte, daß vom 1. Januar 1910 ab als Maximalarbeitszeit für Arbeiterinnen über 16 Jahren 10 Stunden und an Sonnabenden und Vorabenden von Festtagen 8 Stunden gelten sollen. Dessen ungeachtet gibt es noch genug Gewerbe und Gegenden, wo heute die Arbeiterinnen länger ausgebeutet werden, als das Gesetz erlaubt. So in der Textilindustrie und im Bekleidungs Gewerbe. In beiden übersteigt die Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen die der Arbeiter, und zusammen verwenden sie mehr als die Hälfte aller in der Industrie tätigen Proletarierinnen überhaupt. Darin liegt auch der Grund dafür, daß hier die Arbeits- und Lohnbedingungen so viel schlechter sind als in anderen Gewerben. Arbeiterinnen sind schwerer zu organisieren als Arbeiter, und besonders da, wo sie allein oder mit nur wenig Arbeitern zusammen schaffen. Den Arbeiterinnen ist infolge der Einschätzung der Frau in der Familie und in der Gesellschaft die Überzeugung von der Bedeutung der eigenen Kraft noch nicht gekommen. Deshalb können die Textilgewaltigen und Konfektionsbarone mehr als andere Unternehmer den Herrn-im-Hause-Standpunkt geltend machen und die Arbeitsbedingungen nach ihrem Belieben gestalten.

Sedenfalls haben die Arbeiterinnen nicht den geringsten Grund, sich von der Meinung einlassen zu lassen, daß den kapitalistischen Unternehmern aus lauter Respekt vor dem Gesetz die kürzere Arbeitszeit ein Nährmichnichtan sei. Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Die Versuche der Ausbeuter, den Arbeiterinnenschutz zu umgehen, sind so alt wie der Arbeiterinnenschutz selbst. Des hohen Profits wegen beschränken sie die Arbeitsräume und die Zahl der Beschäftigten möglichst. Zu Zeiten guter Konjunktur müssen die Lohnfronder Überstunden leisten. Der Umfang dieser Verlängerung des Arbeitstags ist besonders groß in Berufen, die viel weibliche Arbeiter beschäftigen, und viel größer, als in den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten zum Ausdruck kommt. Nahezu unkontrollierbar ist die tägliche Beschäftigungsdauer in der Heimarbeit, die überall in Saisongewerben üblich ist. Sie wird auch von Werkstattdarbeiterinnen nach Feierabend geleistet trotz des § 137 a der Gewerbeordnung, der die Mitgabe von Arbeit nach Hause regelt beziehungsweise verbietet. Aber auch die zehn Stunden täglich übersteigende Beschäftigung von Arbeiterinnen in Betrieben kann nur selten festgestellt werden. Bisher wurden in jedem Jahre immer nur etwas über die Hälfte der revisionspflichtigen

Unternehmer einmal kontrolliert. Bei einmaliger Kontrolle aber ist es der reine Zufall, ob Mängel oder Ungeheuerlichkeiten entdeckt werden. Vergessen wir außerdem nicht, daß in der Regel nur Betriebe mit mindestens zehn Personen revisionspflichtig sind. Allerdings haben die Gewerbeaufsichtsbeamten seit dem Inkrafttreten des Hausarbeitgesetzes auch Stätten der Heimarbeit zu kontrollieren. Diese Ausdehnung der Gewerbeinspektion kann aber für die Durchführung des Arbeiterinnenschutzes keine praktische Bedeutung haben. Die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten ist nicht entsprechend dem erweiterten Wirkungsgebiet vermehrt worden. So bleibt der „Fortschritt“ auf dem Papier. Die Gewerbeinspektionsberichte für das Jahr 1912 werden hierfür den Beweis erbringen.

Wir wollen davon absehen, die lächerlich winzigen Strafen anzuführen, die die Unternehmer erst treffen, wenn sie sich wiederholt schwerer Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften schuldig gemacht haben. Es liegt auf der Hand, daß sie keinen Ausbeuter zur Gesetzmäßigkeit „erziehen“, solange der Profit der Gesetzesverachtung größer ist als die dafür auferlegte Buße. Der gesetzliche Arbeiterinnenschutz verschafft sich nur dort Geltung, wo die Arbeiterinnschaft selbst seine Durchführung überwacht und erzwingt.

Das kann natürlich nur geschehen, wenn sie gut organisiert ist. Leider ist das nur sehr selten dort der Fall, wo die meisten Beschäftigten Arbeiterinnen sind. Und doch ist für die Arbeiterinnen die Beschränkung des Arbeitstags noch dringender nötig als für die Arbeiter im allgemeinen. Das wird allein schon dadurch bewiesen, daß die Gesetzgebung zugunsten der Arbeiterinnen in das neunmal heilige kapitalistische Arbeitsverhältnis eingegriffen hat. Nicht unserer schönen Augen wegen oder um sich bei uns politisch lieb Kind zu machen, hat sich die Gesetzgebung zum Arbeiterinnenschutz bequemt. Die Sorge um die schwindende Volkskraft, um Maschinen- und Kanonenfutter hat sie dazu gezwungen. Die Gesundheit und Lebenskraft der Frau leidet im allgemeinen mehr und schwerer unter den schädlichen Einflüssen der kapitalistisch ausgebeuteten Erwerbsarbeit als die des Mannes. Und die Frauen sind die Träger des zukünftigen Geschlechts, das natürlich nicht arbeits- und wehrfähig sein kann, wenn die Mütter — schon geschwächt durch unzureichende Ernährung — auch noch durch unbeschränkte Arbeitszeit zermüht werden.

Allein selbst bei strengster Innehaltung des geltenden gesetzlichen Arbeitstags für Arbeiterinnen sind der Stunden noch zuviel, in denen diese der kapitalistischen Ausbeutung preisgegeben sind. Die Fortschritte der Technik machen die Arbeit immer intensiver, immer aufreibender, verzehrender, und die Sorge um einigermaßen lohnenden Verdienst peitscht Frauen und Mädchen zu den äußersten Anstrengungen auf. Damit ist es nicht genug der Arbeitslast, der Heim. Hunderttausende von Frauen heken von der Erwerbsarbeit nach Hause, zu einem nicht minder schweren Mühen. Für alle diese Proletarierinnen wäre der Achtstundentag der Beginn eines neuen Lebens, weil er ihnen gestatten würde, aufzuatmen. Er gäbe gleichzeitig den Anstoß, die miserablen Stundenlöhne und Akkordpreise zu steigern, die in Berufen anzutreffen sind, wo überwiegend Arbeiterinnen beschäftigt werden.

Die in Aussicht stehende wahnwitzige Belastung der Arbeiterklasse durch die Wehrvorlage muß die verhängnisvollsten Folgen für die Lebensbedingungen der Werkstätigen haben. Deshalb haben die Arbeiterinnen mehr als je die Pflicht, den Weg zu beschreiten, der aus ihrem Elend zu sonnigen Höhen führt. Auf diesem Wege bildet der Achtstundentag eine wichtige Etappe. Er ist — wie die Besserstellung der Ausbeuteten überhaupt — nur durch den Zusammenschluß der Proletarier und Proletarierinnen zu erreichen. Der Achtstundentag ist eine Vorbedingung dafür, daß die Arbeiterinnenmassen immer zahlreicher, immer wichtiger für eine bessere Gegenwart und eine freie Zukunft kämpfen. Menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen durch die Macht der Gewerkschaftsorganisation, das ist unsere eine Lösung; Beseitigung

der heutigen Gesellschaftsordnung durch die Macht der politischen Organisation, durch die Sozialdemokratie, das ist unsere andere Parole. Das soll der erste Mai laut und eindringlich verkünden. Die Ausgebeuteten — Frauen wie Männer — kämpfen für ihr Recht, als freie Menschen zu leben.
G. H.

Ein mutiger Brief.

Im Jahre 1896 wurde in Holland ein junger Mann namens van der Beer zur Nationalgarde einberufen. Er antwortete darauf durch folgendes Schreiben an den Kommandanten:

„Du sollst nicht töten.“

Herrn Hermann Snyders,

Kommandant der Nationalgarde des Mittelburger Kreises.

Sehr geehrter Herr!

In der vergangenen Woche erhielt ich eine Zuschrift, worin mir der Befehl erteilt wurde, ins Rathaus zu kommen, um, dem Befehl zufolge, in die Reihen der Nationalgarde einzutreten. Sie werden bemerkt haben, daß ich nicht gekommen bin, und dieser Brief soll Ihnen aufrichtig und ohne Umschweife erklären, weshalb ich nicht beabsichtige, vor Ihrer Kommission zu erscheinen. Ich weiß, daß ich mich dadurch einer schweren Verantwortlichkeit aussetze, daß Sie mich bestrafen können, und daß Sie es auch nicht unterlassen werden, dieses Recht auszuüben. Das schreckt mich aber nicht. Die Gründe, die mich zu dieser passiven Widersehllichkeit veranlassen, genügen mir, um mich zu rechtfertigen.

Das oben angeführte Gebot „Du sollst nicht töten“ glaube ich besser zu verstehen als die meisten Christen, obgleich ich, wenn Sie es wissen wollen, kein Christ bin. Es entspricht der Natur des Menschen und seiner Vernunft. Als ich noch ein Kind war, duldete ich, daß man mir das Soldatenhandwerk — die Kunst zu töten — lehrte; jetzt aber weigere ich mich dessen. Namentlich aber wünsche ich nicht, auf Kommando töten zu müssen, denn ohne irgend einen persönlichen Beweggrund und ohne alle Ursache zu töten, ist gegen mein Gewissen. Gibt es wohl für ein menschliches Wesen etwas Erniedrigeres als solche Tötungen und Schlächtereien? Ich kann weder selbst töten noch auch das Töten eines Tieres ansehen, und damit kein Tier meinetwegen getötet zu werden braucht, bin ich Vegetarier geworden. Nun aber wäre es doch möglich, daß man mir befiehlt würde, auf Menschen zu schießen, die mir niemals etwas zuleide getan haben; denn man lehrt den Soldaten das Schießen doch nicht deshalb, damit sie die Blätter oder Zweige der Bäume treffen!

Sie werden mir vielleicht erwidern, die Nationalgarde sei auch, und zwar vorzugsweise, zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Lande bestimmt.

Herr Kommandant, herrschte in unserer Gesellschaft wirklich Ordnung, wäre der staatliche Organismus wirklich gesund, beständen, mit anderen Worten, in unseren gesellschaftlichen Verhältnissen nicht solche himmelschreiende Mißstände, würde man es nicht dulden, daß der eine vor Hunger stirbt, während andere im Überfluß schwelgen — dann würden Sie mich in den ersten Reihen derer sehen, die diese Ordnung stützen; aber die gegenwärtig bestehende sogenannte Ordnung aufrechterhalten zu helfen weigere ich mich ganz entschieden. Wozu, Herr Kommandant, wollen wir uns gegenseitig Sand in die Augen streuen! Wir beide wissen es ja gut genug, was die Erhaltung der gegenwärtigen Ordnung bedeutet: den Schutz der Reichen gegen die armen Arbeiter, die jetzt anfangen, ihre Rechte kennen zu lernen. Wir haben ja die Rolle gesehen, welche während des letzten Streiks in Rotterdam Ihre Nationalgarde spielte! Sie mußte ohne jeglichen Anlaß stundenlang Dienst tun, um das Besitztum der bedrohten Firmen zu schützen. Meinen Sie denn, daß ich mich an der Beschützung von Leuten beteiligen werde, die, nach meiner aufrichtigen Überzeugung, den Krieg zwischen Kapital und Arbeit aufrechterhalten wollen, daß ich auf Arbeiter schießen werde, die durchaus in den Grenzen ihres Rechts handeln? So blind werden Sie doch wohl nicht sein! Wozu also viele Worte verlieren? Ich werde es keinesfalls gestatten, daß man aus mir einen solchen gehorsamen Nationalgardisten macht, wie Sie ihn wünschen und brauchen.

Aus diesen Gründen, hauptsächlich aber deshalb, weil ich das Töten auf Kommando verabscheue, verweigere ich es, als Nationalgardist Dienste zu leisten, und ersuche Sie, mich mit Ihrer Montur und Ihren Waffen zu verschonen, denn ich bin fest entschlossen, sie nicht zu benutzen.

Ich grüße Sie, Herr Kommandant.

J. A. van der Beer.

Die Sozialdemokratie bekämpft die bestehende Ordnung nicht mit der Waffe der „passiven Widersehllichkeit“ wie der Schreiber obenstehenden Briefes. In friedlichen Zeiten kostet die Anwendung dieser Waffe zu große Opfer, ohne doch viel Erfolg zu versprechen, und gegen Staatsstreiche der Herrschenden ist sie zu stumpf. Dennoch bringen wir den Brief als Zeugnis großen Mutes und hoher Menschlichkeit. Die Sozialdemokratie kann nicht auf einen Idealismus verzichten, wie er sich darin bekundet.

Die Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit.

Seitdem unter dem Deckmantel der „Ertüchtigung der Jugend“, wie es so schön heißt, die militärische Jugend-erziehung durch Herrn von der Goltz und seine Gefinnungs-genossen eifrig propagiert wird, ist die junge Armee für den Kriegsfall Sehnsucht und Ziel all dieser patriotischen Jugendfreunde. Ihnen ist es nicht darum zu tun, die Jugend körperlich zu kräftigen, damit sie ihres Lebens froh werde. Alle Wanderungen der Pfadfinder, alle Kriegsspielerien des Jungdeutschlandbundes haben nur die eine Aufgabe: den patriotischen und militärischen Drill der Arbeiterjugend zu dem Zwecke, sie zu willenlosen Werkzeugen der Herrschenden zu machen.

Einer derjenigen, die heute mit am eifrigsten für diese militaristische Jugend-erziehung und Kriegs-erziehung der Jugend in Wort, Schrift und Tat wirken, ist der Hauptmann Hermann Giehl. Nach ihm wartet das ganze Offizierkorps nur darauf, die Jugend zu erziehen. „Die Fortbildungsschule, die soll die Hauptdomäne für den Offizier werden.“ „Der ganze Stand der Offiziere als Erzieher und Fortbildungsschüler als massenhaftes Erziehungsobjekt.“ so sagte Herr Giehl vor einem Jahre in einer Vertrauensmänner-versammlung des Jungdeutschlandbundes. In Anerkennung seiner Bestrebungen wurde Hauptmann Giehl dazu berufen, im ersten Führerkursus des Jungdeutschlandbundes über „Behandlung, Beschäftigung und Führung unserer (!) Jugend“ Vortrag zu halten. In diesem Vortrag gab er offen die Parole aus, „es wäre ungenügend, unsere erzieherischen Aufgaben auf das körperliche Gebiet zu beschränken. ... Ebenso wichtig, ja vielleicht noch wichtiger erscheint mir die gleichzeitige s i t t l i c h - m o r a l i s c h e Beeinflussung der Jugend.“ Sittlich-moralische Beeinflussung, das ist im Sinne der herrschenden Klassen: Erweckung der Freude am Kriegsmord, Verheerung gegen andere Nationen, Erziehung zur Unterwürfigkeit und zum Byzantinismus. Sittlich-moralisch, das soll nicht zuletzt heißen: kirchlich! Schreien doch nicht erst seit heute die frommen Jugendpfleger laut darüber, daß die Jugend durch ihre militärischen Erzieher dem Sonntagsgottesdienst entzogen werde. Mit der Kirche darf es aber der Jungdeutschlandbund nicht verderben. Erst vor wenigen Wochen hat der Kultusminister durch Erlaß an die „nachgeordneten“ Behörden einen Aufruf des Herrn von der Goltz zur allgemeinen Beachtung empfohlen, in dem es unter anderem heißt: „Sonntagsveranstaltungen sind nur so anzusehen, daß den Jugendlichen Zeit bleibt zur Erfüllung ihrer kirchlichen Pflichten.“

Zu welcher Verrohung die einseitige Betonung militärischen Geistes in der Jugend-erziehung führt, beweist ein Artikel in Nr. 4 der seit dem 1. Januar ds. Jrs. erscheinenden „Jungdeutschland-Post“. Nach einer Verherrlichung der in den Krieg gezogenen Bulgaren und der im Russisch-Japanischen Kriege gefallenen Japaner heißt es wörtlich: „Das Leben für die Brüder, für das Vaterland, für Kaiser und Reich, für den Sieg zu geben, damit die Lebenden Frieden und die Toten Ruhe haben, lehrt nicht nur der heidnische, sondern auch der christliche Glaube; darum ist der Krieg die hehrste und heiligste Außerung menschlichen Handelns. ... Auch uns wird einmal die frohe, große Stunde eines Kampfes schlagen. In Tagen zweifelnder, vorläufig nur heimlich frohlockender Er-

wartung geht dann von Herz zu Herz und Mund zu Mund der alte königliche Ruf zur Schlacht: Mit Gott für König und Vaterland! ... Ja, das wird eine frohe, eine große Stunde, die wir uns heimlich wünschen dürfen. ... Aber still und tief im deutschen Herzen muß die Freude am Kriege und ein Sehnen nach ihm leben, weil wir der Feinde genug haben und der Sieg nur einem Volke wird, das mit Sang und Klang zum Kriege wie zum Feste geht. ... Verlassen wir also aus vollem Halse alte Weiber in Männerhosen, die den Krieg und Tod fürchten und darum jammern, er sei grauig oder häßlich. Nein, der Krieg ist schön. Seine hehre Größe hebt das Menschenherz hoch über Irdisches, Alltägliches hinaus. ...

So sprechen Jungdeutschlands Erzieher. So lehren sie, im Einverständnis mit der herrschenden Kirche, die Jugend das fünfte Gebot hochhalten: „Du sollst nicht töten.“ So stacheln sie eine urteilslose, tatenlustige Jugend an, ihre Begeisterung und Energie auf Kampf und Krieg zu richten, üben und exerzieren mit ihnen jede freie Stunde, geben ihnen Schießprügel, Seitengewehr und blanke Knöpfe. So machen sie aus jugendlichen Arbeitern rauflustige, gewalttätige Burschen, die im Kriege, gleichgültig für was und gegen wen, eine ersehnte Gelegenheit zu Abenteuern und Heldentaten erblicken — schlummert doch in jedem Jugendlichen die Sehnsucht nach kühnen Taten. Die Kirche vermag mit ihrer Knechteligkeitslehre die Jugend nicht mehr zu fesseln. Darum lockt man diese mit Kriegsspielereien, und all die braven Jungen, denen der Kapitalismus die Möglichkeit selbständigen Wirkens und Strebens und die Gelegenheit besonderer Erlebnisse raubt, berauschen sich an gefälschten Vorstellungen vom Kriege und vergessen ihre Rechtlosigkeit und Ausbeutung darüber. Jugendlich im Alter von 17 bis 21 Jahren können weit leichter beherrscht und begeistert werden als erfahrene ältere Männer, die statt schöner Worte Gründe fordern. Deshalb auch der Wunsch, der bei der jetzigen Heeresvorlage klar zutage tritt: recht viele junge Leute in das Heer einzustellen! Schon im Jahre 1865 schrieb Engels: „Wer je Gelegenheit hatte, ein Bataillon erst auf Friedensfuß und dann auf Kriegsfuß zu sehen, kennt den ungeheuerlichen Unterschied in der Haltung der Leute, im Charakter der ganzen Masse. Die Soldaten, die als halbe Knaben in die Armee eingetreten waren, kommen jetzt als Männer zu ihr zurück; sie bringen einen Vorrat von Selbstachtung, Selbstvertrauen, Sicherheit und Charakter mit, der dem ganzen Bataillon zugute kommt. Das Verhalten der Leute zu den Offizieren, der Offiziere zu den Leuten wird gleich ein anderes. Das Bataillon gewinnt militärisch, aber politisch wird es — für absolutistische Zwecke unzuverlässig.“

Den herrschenden Klassen ist es nicht zu tun um eine Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit. Sonst hätten die bürgerlichen Parteien nicht stets die sozialdemokratischen Anträge im Reichstag ablehnen dürfen, die eine solche bezweckten. So forderte die sozialdemokratische Fraktion 1895: „Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit und die Umwandlung der heutigen Heeresorganisation in eine Milizwehrrordnung angebahnt wird.“ Diese Resolution wurde niedergestimmt. 1898 erschien Bebel's bekannte Broschüre „Nicht stehendes Heer, sondern Volkswehr“, worin er wiederum Einführung der Volksbewaffnung forderte. Bebel verlangte eine tüchtige körperliche Ausbildung zur Wehrhaftmachung nicht nur für die männliche, sondern auch für die weibliche Jugend. Diese Forderungen suchte der damalige Kriegsminister v. Goltz im Reichstag ins Lächerliche zu ziehen, und insbesondere konnte sich die Rechte gar nicht genug tun in „Seiterkeit“ wegen der Forderung, daß auch Mädchen in militärischen Übungen und Ringkämpfen ausgebildet werden

sollten. Und dann sagte der Kriegsminister in der Sitzung des Reichstags am 13. Januar 1899 wörtlich: „Was die militärische Erziehung der Jugend anbelangt, so ist unsererseits gegen ein eifriges Turnen nicht das geringste einzuwenden. Im Gegenteil, wir würden sehr dankbar sein, wenn die Entwicklung der körperlichen Kräfte der Jugend in noch höherem Maße stattfinden könnte. Aber der Gedanke, die Jugend militärisch auszubilden, würde zur Spielerei führen; denn nimmt man die militärische Ausbildung ernst, so geht der jugendliche Körper zugrunde, und macht man eine Spielerei daraus, so schädigt man die Erziehung der Jugend.“ Diese Schädigung der Jugend durch Überanstrengung wird heute von den gesamten patriotisch-nationalen Jugendpflegern aufs eifrigste betrieben. Unsere Herrschenden suchen eine Vorschule für das stehende Heer zu schaffen, das um so leichter auch gegen den inneren Feind verwendet werden kann, je früher die „sittlich-moralische Beeinflussung“ der jungen Leute eingeseht hat. Und so sind erst kürzlich 2½ Millionen Mark im preussischen Dreiklassenhaus mit Hurra von allen bürgerlichen Parteien gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt worden zur „parteilosen“ militäristisch-nationalen Jugenderziehung. Das stehende Heer gilt der Kapitalistenklasse als bestes Mittel, den inneren Feind niederzuhalten. Daß das stehende Heer ein solches Machtmittel in den Händen ihres Befehlshabers ist, hat vor einem halben Jahrhundert auch die Bourgeoisie mit Ingrimme empfunden. 1862 nahm der Nationalverein gegen die Bismarckschen Pläne der sogenannten Reorganisation der Armee eine Resolution an, die forderte: „Allgemeine Volkswehr und Volksbewaffnung, besonders auch zur Sicherung und Aufrechterhaltung der Volksrechte.“ Heute stellen nicht einmal mehr die bürgerlichen Demokraten diese Forderung auf.

Was die Sozialdemokratie will, hat Bebel in der schon erwähnten Broschüre „Nicht stehendes Heer, sondern Volkswehr“ dargelegt: „Es handelt sich also um eine Organisation der körperlichen Ausbildung von früher Jugend an, mit Rücksicht auf den militärischen Zweck. Diese militärische Jugenderziehung ermöglicht erst recht, die Volksarmee in ganz unvergleichlich kürzerer Zeit als heute vollkommen zweckentsprechend auszubilden. Und damit wird ein doppelter Zweck erreicht. Einmal wird der heutigen Jugenderziehung der überwiegend einseitige Charakter, den sie dadurch besitzt, daß die körperliche Ausbildung nahezu ganz vernachlässigt wird — eine Einseitigkeit, die sich namentlich an den Kindern der Großstädte und Industriebezirke schwer rächt —, genommen. Zweitens wird dadurch ein Geschlecht erzogen, das nicht nur militärlüchtiger, sondern auch körperlich leistungsfähiger für den Existenzkampf geworden ist. Daß aber ein so erzogenes Volk, namentlich wenn auch das weibliche Geschlecht eine körperliche Erziehung erhält, die für dieses ebenso notwendig ist als für das männliche, auch auf dem wirtschaftlichen Gebiet und bei dem internationalen Wettbewerb mit größerer Aussicht auf Erfolg auftreten kann, ist zweifellos.“

Das ist das Gegenteil der Jugenderziehung, wie sie die herrschenden Klassen fordern. Wir wollen die körperliche Ausbildung nicht nur der männlichen Jugend, sondern ebenso der weiblichen zu gesunden kräftigen Menschen. Wir wollen durch sie den Kindern des Proletariats ihre Jugend, den zukünftigen Vätern und Müttern des Volkes ihre Gesundheit zurückgeben, die ihnen die kapitalistische Fron stiehlt. Eine männliche und weibliche Jugend, die in Spiel und Arbeit zusammenwirft, gleich stark an Körper wie an Geist, eine Jugend, der die Natur nicht ein Kriegsgelände bedeutet, sondern ein Feld der Schönheit und des Forschens, das ist es, was wir wollen. Aber das nicht allein. Erfüllen wollen wir die Jugend mit Liebe zur gesamten Menschheit. Sie soll nicht

andere Völker hassen, weil sie ebenso tüchtig sind oder sein wollen wie wir selbst. Hassen soll sie den Krieg, weil er im Menschen die wildesten Triebe entfesselt und alle Kultur vernichtet.

Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, die Arbeiterjugend zu einem höheren Patriotismus zu erziehen als dem, der in der Landesgrenze seine eigene Schranke findet. Denn unsere Jugend ist bestimmt, den Gedanken der Völkerverbrüderung, der Gemeinschaft aller Arbeiter lebendig werden zu lassen. Unsere Jugend ist bestimmt, die Schlachten für die Befreiung der Arbeit zu schlagen. Die jungen Proletarier und Proletarierinnen sollen aus knechteligen Tagelöhnern des ausgebeuteten Reichs zu Freiheitskämpfern und freien Menschen werden. Für die richtige Wehrhaftigkeit der Jugend zu wirken, das geloben sich die Proletarierinnen an diesem ersten Mai, wo sie das Geschrei der Kriegshezer nach einem wahnwitzigen militaristischen Aufrüsten des Deutschen Reichs umhüllt. Mehr als je muß heuer unsere Maifeier ein wichtiger Protest der Massen gegen Krieg und Militarismus, für die Arbeiterverbrüderung sein. **M a t h i l d e W u r m.**

Warum fordern wir die Freigabe des Sonnabendnachmittags?

Am Maientag des Proletariats bringen die unterdrückten, ausgebeuteten und entrechteten Massen alljährlich den herrschenden Klassen zum Bewußtsein, daß ihr lebendiges Menschentum nach durchgreifendem Schutze gegen die Gefahren des Arbeitsprozesses verlangt, nach Freiheit und vollem Recht. Wie eine düstere, dräuende Wolke hängt über der heurigen Kundgebung die wahnwitzige neue Heeresforderung, von den Herrschenden dazu bestimmt, den Aufbau des lichten Heims zu verhindern, in dem die Zukunftshoffnungen des Weltproletariats wandelnd gehn. Aber sowenig wie Wirbelstürme und Ungewitter das Wachsen und Werden in der Natur aufzuhalten vermögen, so wenig sind Gewaltmaßregeln der Herrschenden imstande, den Freiheitsdrang der Ausgebeuteten zu töten. Das Proletariat verfolgt unaufhaltsam seinen Weg, der zur Sonnenhöhe des Sozialismus führt, und es wird sein Ziel erreichen — trotz alledem!

Die Forderung nach kürzerer Arbeitszeit, die Forderung des Achtstundentags ist von jeher der Kernpunkt der Reformen gewesen, die wir am 1. Mai heischen. Es liegt im Wesen des Kapitalismus, daß bei der brutalen Jagd nach Profit jede Rücksicht auf die Bedürfnisse, auf das Menschentum der Arbeitenden verstummt. Die zum Persönlichkeits- und Klassenbewußtsein erwachte Arbeiterchaft hat deshalb unausgesetzt einen wirksamen gesetzlichen Schutz gegen die maßlose, gewissenlose Ausbeutung der Lohnarbeitenden erhoben. Wer hätte aber wohl ein größeres Anrecht auf solchen Schutz und insbesondere auf kurze Arbeitszeit als die Arbeiterinnen, die in stark und rasch anwachsender Zahl in die kapitalistische Fron gezwungen werden? In dieser Erkenntnis hat die kämpfende Arbeiterklasse die Forderungen gesetzlichen Schutzes für die erwerbstätigen Proletarierinnen in den Vordergrund geschoben, hat sie für diese ein größeres Maß von Rücksicht verlangt als für die männlichen Ausgebeuteten. Wissen doch die Arbeiter am besten, welche unheilvollen Wirkungen überlange Fron und unhygienische Arbeitsbedingungen auf den Organismus der Arbeiterinnen ausüben. Kennen sie doch aus eigener trauriger Erfahrung die Schäden, die für das Familienleben der Arbeiterklasse und ihren Nachwuchs damit verbunden sind.

Das Drängen der Arbeiterchaft trieb schließlich die widerwilligen bürgerlichen Gesetzgeber vorwärts. Erhebungen der Regierung bestätigten vollauf die Berechtigung der erhobenen Forderungen. Die Furcht der Herrschenden vor der körperlichen Entartung der Arbeiterchaft mit ihren schweren Folgen brachte ihre teilweise Erfüllung. Wir haben heute für die Arbeiterinnen eine gesetzlich begrenzte Arbeitszeit,

eine Regelung der Pausen, das Verbot bestimmter Arbeitsarten, wie das der Nacht- und Sonntagsarbeit, wir haben den Wöchnerinnenschutz. Das Begehren nach dem Achtstundentag ist bisher unerfüllt geblieben. Kann dies wundernehmen? In Wirklichkeit besteht ja sogar die Sonntagsruhe der Arbeiterinnen nur auf dem Papier. Von tatsächlicher Sonntagsruhe kann nicht die Rede sein, solange die Proletarierinnen am Sonnabend noch Erwerbsarbeit verrichten müssen. Am wenigsten hat dann die verheiratete Arbeiterin Ruhe, für die der Sonntag oft der schlimmste Arbeitstag der ganzen Woche ist. So wird der freie Sonnabendnachmittag zu einer wichtigen Forderung im Interesse der Arbeiterinnen.

Die Erwerbsarbeit der Proletarierin ist zu einer dauernden Erscheinung der kapitalistischen Wirtschaft geworden. Deshalb haben Millionen Arbeiterinnen ein zwingendes Interesse daran, daß die Arbeitsbedingungen ihnen Zeit lassen, die Pflichten gegen die Familie und gegen die Klassengenossen zu erfüllen. Der freie Sonnabendnachmittag wird eine wichtige Errungenschaft auf dem Wege zu diesem Ziele sein. Ihn verlangen, für ihn wirken — wie dies die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen tun, die viele Lohnkämpferinnen schützen müssen — heißt die Forderungen für die generelle Verkürzung der täglichen Arbeitszeit ergänzen und die wirkliche Sonntagsruhe der Arbeiterinnen sichern.

Warum ist der freie Sonnabendnachmittag so wichtig? Schon allein zum körperlichen Ausruhen ist die volle Sonntagsruhe dringend notwendig, die er ermöglicht. Von den Ärzten ist wiederholt auf das Manco an Ruhe hingewiesen worden, das bei den jetzt geltenden Arbeitszeiten, der weiten Entfernung zwischen Arbeitsstätte und Wohnung und der Überlastung der Frauen mit Hausarbeiten unvermeidlich ist. Die volle Sonntagsruhe ist die einzige Möglichkeit des Ausgleichs, wenn die Gesundheit nicht dauernden Schaden leiden soll. Für die meisten Arbeiterinnen ist außerdem der Sonntag der einzige Tag, der der Weiterbildung dienen kann, der ihnen Ruhe zu geistiger Anregung, zu innerer Sammlung geben soll. Fast immer wird der Sonntag auch der einzige von sieben Tagen sein, den die Erwerbstätigen der Freude, der Erholung in der freien Natur, in der Gesellschaft der Familie oder der Freunde zu widmen vermag. Wenn er der Hauptarbeitstag sein und bleiben muß, so läuft das darauf hinaus, die Arbeiterin zur müden, stumpfsinnigen Sklavin zu machen, ihr die Lust am Leben zu nehmen, die Kraft zum Kampf für bessere Zeiten. Um ihrer selbst willen, um mit ihrer Kraft zu sparen und sich die körperliche und geistige Elastizität für die Aufgaben der kommenden Woche zu sichern, bedarf die Arbeiterin der vollen Sonntagsruhe, die zur Voraussetzung den freien Sonnabendnachmittag hat.

Sie muß diesen Fortschritt aber auch im Interesse ihrer Familie beanspruchen. Am freien Sonnabendnachmittag könnte ein großer Teil unerlässlicher Hausarbeiten erledigt werden, für die an den Wochentagen keine Zeit bleibt: die gründliche Reinigung der Wohnung, das Waschen und Ausbessern der Kleider, das Strümpfstopfen usw. So könnte das Heim zu einer gemütlichen und angenehmen Stätte an dem einzigen Tage werden, an dem es alle Familienmitglieder vereinigt. Welchen Gewinn es bringt, wenn alle Angehörigen Zeit zum gegenseitigen Gedankenaustausch haben, wie dadurch das Verhältnis der Gatten zueinander, der Eltern zu den Kindern bereichert wird: das wissen die am besten, denen das Zuviel der Pflichten die Freuden des Familienlebens verkümmert. Aber nicht für die verheirateten Arbeiterinnen allein, auch für die ledigen tut der freie Sonnabendnachmittag bitter not. Sind sie doch die Gattinnen, die Mütter von morgen, und ihre junge Kraft sollte nicht vorzeitig gebrochen werden, so daß sie müde und schwach an Leib und Seele zur Mutterschaft kommen.

Daß der freie Sonnabendnachmittag ohne Schädigung der Industrie möglich ist, dafür liegen die Beweise vor. Die organisierten deutschen Textilarbeiter konnten feststellen, daß

in ihrer Industrie bereits 58 000 Arbeiter und Arbeiterinnen den freien Sonnabendnachmittag haben. Gewiß sind die Unternehmer im allgemeinen wenig geneigt, die Wünsche der Arbeiterchaft zu erfüllen. Allein sie müssen sich unter allen Umständen dazu bequemen, wenn die Ausgebeuteten den nötigen Druck hinter ihre Forderungen setzen. Die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse sind die Träger der Forderungen des Arbeiterschutzes überhaupt, sie müssen auch die Vorkämpfer des freien Sonnabendnachmittags sein. Das erkennen die Arbeiterinnen selbst immer klarer. In den Mitgliederziffern der Gewerkschaften kommt es sichtbar zum Ausdruck. Stieg doch die Zahl der in den Zentralverbänden organisierten Arbeiterinnen von 161 512 im Jahre 1910 auf 191 332 im Jahre 1911. Das ist ein Mehr von 29 820. Die Zahlen für 1912 liegen noch nicht vor, doch kann man wieder eine erhebliche Zunahme der organisierten Arbeiterinnen erwarten. Je mehr die arbeitenden Frauen zu der Erkenntnis kommen, daß sie nur durch den Zusammenschluß die dringend nötige Verkürzung der Arbeitszeit erreichen können, je entschlossener sie diese Erkenntnis durch Beitritt zur Gewerkschaft ihres Berufs zum Ausdruck bringen: um so größer werden auch die Aussichten, daß der freie Sonnabendnachmittag eine Errungenschaft der nahen Zukunft ist.

Der freie Sonnabendnachmittag ist die nächste Stufe zur Erbringung unserer Forderung des Achtstundentags. Er ist leichter durchzusetzen als die weitere Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, weil es sich bei ihm nur um eine Beschränkung der Arbeitsdauer an einem Tage und um wenige Stunden handelt. In den meisten Betrieben erfolgt der Arbeitschluß an den Sonnabenden schon früher als 5 Uhr, wie das die Gewerbeordnung festsetzt. In vielen Fällen ist er auch schon Arbeitern aus betriebstechnischen Gründen zuteil geworden. Der völlig freie Sonnabendnachmittag ist erreichbar, wenn nur die Arbeiterinnen selbst den ersten Willen nach ihm aufbringen. Der Hunger nach weiblichen Arbeitskräften beherrscht viele Industrien. Leider sind sich die Arbeiterinnen der Macht nicht bewußt, die sie damit geltend machen können, und die mit der ständigen Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften wächst. Es ist hohe Zeit, daß die arbeitenden Frauen und Mädchen zur bewußten Erkenntnis dieser ihrer Macht erwachen.

Daß der freie Sonnabendnachmittag nicht von heute auf morgen errungen wird, ist gewiß. Von dem klaren und festen Willen der Arbeiterinnen hängt es aber wesentlich mit ab, ob dies früher oder später allgemein geschieht. Deshalb hinaus, ihr aufgeklärten Proletarierinnen, um die noch gleichgültigen und unorganisierten Arbeiterinnen über die Bedeutung des freien Sonnabendnachmittags aufzuklären! Sie müssen den Gewerkschaften zugeführt werden, die für diese Forderung und die Verkürzung der Arbeitszeit im allgemeinen wirken. Es gilt sie auch der sozialdemokratischen Partei einzureihen, die dafür kämpft, daß die Gesetzgebung die Arbeitszeit regelt und verkürzt. Je mehr und je größere Arbeiterinnengruppen dank ihrer gewerkschaftlichen Organisation den freien Sonnabendnachmittag durchsetzen, um so eher kann die Sozialdemokratie die Gesetzgebung zwingen, die Arbeit an den Sonnabendnachmittagen ganz zu verbieten. Dieser Fortschritt würde wesentlich zur Gesunderhaltung und zur geistigen Hebung der Arbeiterklasse beitragen und die Einführung des Achtstundentags vorbereiten. Das Ziel ist der Opfer und Mühen wert!

Deshalb müssen sich am 1. Mai alle versklavten Proletarierinnen geloben, unermüdetlich zu wirken für den freien Sonnabendnachmittag, als einer Etappe auf dem Wege zum Achtstundentag. Martha Hoppe, Berlin.

Das Weib und der Krieg.

Nacht. — — Unruhig, von wirren Träumen geschreckt, wälzt sich auf seinem Lager das junge Weib. Plötzlich fährt es empor. Die Augen suchen die Finsternis zu durchdringen, und sehnsüchtig verlangend

streckt die noch Traumbefangene die Hände aus. Steht er nicht vor ihr, der heiß Ersehnte? „Mein lieber, lieber Mann; ach, endlich habe ich dich wieder,“ stammelt beseligt ihr Mund. — Doch die Hände greifen ins Leere. Es war ein Traum. Ein Schrei, so schmerzvoll und angsterfüllt, wie nur tiefstes Weh ihn auszulösen vermag, entringt sich der Brust des jungen Weibes, und schluchzend sinkt es in die Kissen zurück.

Nacht. — — Ein flackerndes Licht wirft große Schatten der Gegenstände im Zimmer an die Wände. Eine Frau mit runzligen mildem Angesicht erhebt sich halb im Bette. Sie streicht das graue Haar zurück, wendet sich der Wand zu und betrachtet lange, lange die dort hängende Photographie eines jungen Mannes. Leise kommt es über die weißen Lippen: „Mein Sohn, mein lieber Sohn, wann wirst du zurückkehren zu deiner Mutter?“

Nacht. — — Am Himmel glänzt ein Meer strahlender Sterne in majestätischer Ruhe. Ein eisiger Wind segt über die endlose Ebene, auf der bis zum späten Abend heißer Kampf getobt hat. In einem wirren Haufen von Leichen, Verwundeten, Waffen, Uniformstücken — liegt ein junger Krieger mit schmerzverzerrtem Gesicht und glasigen Augen. Krampfhaft hält noch die rechte Hand das Gewehr umklammert, die linke ist in geronnenem Blute auf der Brust festgelebt.

Tagesbericht. „Die gestrige Schlacht brachte uns einen vollen Sieg. 40 000 Tote und Verwundete. Lasset uns Gott danken für den schwer errungenen Erfolg unserer Fahnen.“

Im Vaterland. — — Glockenschall, Orgelbrausen, Dankgebete. — Tausende von Wittven fluchen, Zehntausende von Waisen leiden Not. . . . Lasset uns Gott danken. — — Wily. Poegel.

Erdrückende Last.

Unerträglich sind es her, seit der Minister des Aaren, Graf Murawiew, ein Rundschreiben an die Vertreter der europäischen Mächte in Petersburg richtete mit der Einladung zu einer internationalen Konferenz, die über die Mittel beraten sollte, „den unaufhörlichen Rüstungen ein Ziel zu setzen, dem Unheil vorzubeugen, das die ganze Welt bedroht“. In dürren Worten sprach der russische Minister aus, daß die Last der Rüstungen die „Wurzeln des Wohlstandes der Völker zerstört“. Die „Friedenskonferenz“ fand statt und endete wie das Hornberger Schießen. Große Kriege haben seither stattgefunden, der Südafrikanische, der Russisch-Japanische, der Italienisch-Türkische, der Balkankrieg. Die Welt starrt in Waffen wie niemals vorher, der „bewaffnete Friede“ zehrt am Marke der Völker.

In welch rasendem Tempo die Lasten steigen, die der Militarismus den Völkern aufbürdet, dafür nur einige Zahlen. Wir entnehmen sie der Berechnung eines militärfremden Mannes, des „Wirklichen Geheimen Oberfinanzrats“ Dr. Schwarz. Dieser berechnet, daß die sechs großen europäischen Militärstaaten in den drei letzten Jahrzehnten folgende Summen für Heer und Flotte verausgabten:

	1881 bis 1890	1891 bis 1900	1901 bis 1910
	Milliarden Mark		
Deutschland	5,6	7,9	11,7
England	5,9	8,3	16,7
Frankreich	8,3	8,5	10,1
Österreich-Ungarn	2,7	3,3	4,5
Italien	3,3	3,3	3,8
Rußland	5,5	8,0	16,8
Zusammen	31,3	39,3	63,6

Danach hätten diese sechs Staaten innerhalb 30 Jahren die ungeheure Summe von 134 200 Millionen Mark für die Zwecke des Massenmordes vergeudet, und diese Auswendung wächst lawinenartig: im ersten Jahrzehnt des laufenden Jahrhunderts waren die Ausgaben mehr als doppelt so groß wie in den achtziger Jahren.

Dabei hat aber der Herr Oberfinanzrat noch einen wichtigen Posten vergessen: er rechnet nur die direkten Auswendungen für Heer und Flotte. Da aber alle Staaten Schulden machen, um diese Ausgaben zum Teil zu bestreiten, so müssen auch die Schuldzinsen hinzugefügt werden, die alljährlich zu zahlen sind. Und sie machen eine beachtenswerte Summe aus. Deutschland zahlt zum Beispiel jetzt an solchen Schuldzinsen nicht weniger als 160 Millionen Mark in einem

Jahre; für die sechs Großmächte kommen in jedem Jahrzehnt etliche Milliarden in Betracht. Aber ferner ist zu beachten, daß außer den Ausgaben, die in den staatlichen Finanzrechnungen erscheinen, die Bevölkerungen der Militärstaaten noch ganz gewaltige Summen aufbringen für die persönlichen Bedürfnisse der Soldaten. Jeder Vater und jede Mutter, die einen Sohn beim Militär haben, wissen, daß der junge Mann darben muß, wenn er allein auf die Kasernenkost angewiesen wäre, daß er einen Zuschuß braucht. In der Tat sparen sich auch die ärmsten Familien solche Zuschüsse für ihre Söhne am Munde ab. In Deutschland stehen in Heer und Marine — abgesehen von den Offizieren — rund 680 000 Mann unter den Waffen. Rechnen wir pro Mann und Jahr nur 150 Mk. Zuschuß, so sind das jährlich über 100 Millionen Mark, die der Unterhalt der Soldaten das Volk noch besonders kostet.

Doch damit nicht genug. Indem Europa — das heißt die Großmächte allein — rund 3½ Millionen junge kräftige Männer unter den Waffen hält, legt es deren Arbeitskraft brach. Sie wird nützlicher Tätigkeit entzogen. Und nicht nur diese Männer, sondern auch jene Millionen von Männern und Frauen, die in den Fabriken, Arsenalen, Werkstätten, Werkzeugen herstellen, gehen für die produktive, nützliche Arbeit der Gesellschaft verloren. Man denke sich, daß alle jene Männer, die dazu verdammt sind, in den Kasernen und auf den Kriegsschiffen sich auf den Menschenmord vorzubereiten, nützliche Arbeiten verrichten, die der Allgemeinheit zugute kommen; ebenso jene Menschen, die Mordwerkzeuge herstellen. Ferner, daß die Milliarden, die der Militarismus verschlingt, für fruchtbringende Zwecke ausgegeben würden. Welche gewaltigen Werke könnten dann vollbracht werden zu Nutz und Heil der Menschheit! Erst wenn wir sehen, wie die heutige Gesellschaft fabelhafte Summen an Geld verschleudert und wahnsinnige Verschwendung mit der Menschenkraft treibt, erfassen wir, weshalb furchtbares Verbrechen an der Menschheit der Militarismus ist.

Wozu das alles, wem zum Nutzen wird dieses Verbrechen dauernd begangen? Aus dem Lager des Bürgertums kommt die Antwort: zur Verteidigung des Vaterlandes! Und noch eine schöne Rechtfertigung hat man sich ersonnen: wir müssen rüsten, um den Frieden zu erhalten. Einen tolleren Widerspruch kann es nicht geben. Jede Regierung schwört hoch und feuer, daß sie den Frieden will, und alle machen sie die gewaltigsten Anstrengungen, um den Krieg vorzubereiten. Und jene Friedensversicherungen ertönen gerade dann am lautesten, wenn man neue Mordwerkzeuge anschafft. Die Völker brechen allesamt unter der Last der Rüstungen zusammen, aber jede Regierung vergrößert das Heer, baut Festungen, schafft Kriegsschiffe an und versichert, daß sie den Frieden will. Woraus der einfache Schluß, daß keine den Friedensversicherungen der anderen glaubt, und daß sie alle lügen. Erklärlich ist das freilich. Die kapitalistischen Staaten bauen sich gegen innen wie gegen außen auf Gewalt auf, sie sind ohne Ausnahme Raubstaaten, und was mit Gewalt, durch Mord und Krieg zusammengeraubt wurde, muß gegen Raub verteidigt werden, soll durch Raub und Mord vermehrt werden, sobald sich die Gelegenheit bietet.

Aber die Völker erliegen unter der Last! Selbst dem Minister des Baren leuchtet das ein, und wir haben keinen Grund, die deutschen, französischen, englischen Staatsmänner für solche Trottel zu halten, daß sie diese Tatsache nicht auch sehen. Warum also wird dem wahnwitzigen Treiben nicht ein Ziel gesetzt, warum verlaufen die Bestrebungen zur allgemeinen Beschränkung der Rüstungen, zur allgemeinen Abrüstung im Sande? Die Antwort lautet: Weil in der kapitalistischen Gesellschaft bestimmte Gruppen den Krieg wollen, und weil die Kriegsrüstungen für bestimmte Gruppen eine Quelle hohen Profits sind! Die Großkapitalisten aller Staaten lechzen nach Eroberungen. Viele Tausende von Kapitalisten träumen davon, daß Deutschland gewaltige Ländergebiete in Asien, in Afrika, vielleicht selbst in Südamerika er-

obern könnte, wenn ihm die anderen Staaten nicht im Wege stünden. Und solche „Eroberungen“ würden den Kapitalisten große Gewinne bringen. Zwar sind die Menschen in jenen heiß begehrten Gebieten arme Teufel, aber ihre Länder bergen Naturschätze, und man möchte die Eingeborenen ins kapitalistische Joch spannen, sie zwingen, Reichtümer zu schaffen durch ihre Arbeit, Reichtümer für die profitklüsternden Kapitalisten. Dieses Streben nach Eroberungen zum Zwecke der kapitalistischen Ausbeutung, der Imperialismus, ist die Haupttriebkraft des Wettrüstens in unserer Zeit. Deutschland soll so stark sein, daß es auf dem ganzen Erdball räubern darf, ohne von anderen dabei gehindert zu werden, das ist der Traum der deutschen Imperialisten. Genau so denken aber die Imperialisten der anderen Staaten.

Manche Kapitalistengruppen wiederum sind unmittelbar an den Rüstungen interessiert. Es sind die Lieferanten von Flinten, Gewehren und Kanonen, von Kriegsschiffen und Luftfahrzeugen, die Lieferanten von Lebensmitteln und allem, was Heer und Marine sonst brauchen, die Unternehmer, die Kasernen und Festungen bauen, die Bankiers, die Staatsanleihen vermitteln. Von jeder Million, die das Deutsche Reich für Rüstungszwecke ausgibt, fließt mindestens der dritte Teil als Profit in die Taschen dieser Herrschaften. Sie alle sind von glühendem Patriotismus befeuert. Er äußert sich vor allem darin, daß sie das geliebte Vaterland so schamlos betrügen und begaunern, wie sie es anderen Kunden gegenüber nicht tun dürfen, ohne mit dem Strafrichter in Konflikt zu geraten. Diese schmutzigen Kniffe sind allbekannt. Es bestehen richtige Verschwörungen der Lieferanten; sie schließen sich zusammen, um bei Bestellungen des Staates Wucherpreise zu fordern. Neue Befehle für dieses System der Ausraubung des Staates hat die letzte Zeit genug gebracht. Die deutsche Bourgeoisie beruhigt sich über derlei Enthüllungen mit dem Gaunerspruch: Geschäft ist Geschäft! In der Tat: bei jedem kapitalistischen Geschäft geht es mehr oder weniger unsauber zu, und der mit dem Menschenmord verkoppelte Kapitalismus trieft von Schmutz. Diese Verschwörerbande von Kriegslieferanten beherrscht aber gleichzeitig die bürgerliche Presse. Sie hat eine ganze Meute von käuflichen Journalisten in ihrem Solde, deren Aufgabe ist, zum Kriege, zu immer neuen Rüstungen zu hetzen. So wird die „öffentliche Meinung“ gemacht, in Deutschland wie anderswo. Nicht am wenigsten ist schließlich die große Schar der Offiziere samt ihrem Anhang an den Rüstungen interessiert. An 30 000 Offiziere aller Grade gibt es heute in Heer und Marine in Deutschland. Für sie bedeutet jede Vermehrung des Heeres, jedes neue Schiff die Aussicht auf schnelle Beförderung, auf erhöhtes Einkommen. Was wunder, wenn sie und ihr Anhang stets zu den eifrigsten Schreibern gehören, wenn es gilt, für den Militarismus Stimmung zu machen. So erleben wir heute eine sprunghafte Steigerung des Rüstungswahnsinns. Eine volle Milliarde soll die Beschaffung neuer Mordwerkzeuge kosten, während die dauernden Ausgaben, die alljährlich gemacht werden müssen, um 186 Millionen Mark erhöht werden sollen. Im Jahre 1872 erreichten die Ausgaben für Heer und Flotte die Summe von 303 Millionen Mark, im Jahre 1912 waren es — einschließlich der Schuldzinsen — über 1700 Millionen Mark. Das sind bei einer Einwohnerzahl des Deutschen Reiches von 65 Millionen über 26 Mk. auf den Kopf der Bevölkerung. Auf die normale Familie von fünf Personen gerechnet, sind es über 130 Mk. Das heißt: jede Familie in Deutschland muß im Durchschnitt diesen Betrag aus ihrem Einkommen hergeben, um den Moloch des Militarismus zu füttern. Und künftig wird die drückende Last noch schwerer sein.

In welcher Weise diese Millionen aufgebracht werden, wissen wir, oder wenigstens jeder Mann und jede Frau aus dem Volke sollte es wissen. Die Einnahmen des Reiches fließen fast ausschließlich aus den Zöllen und indirekten Steuern. Beim Einkauf eines jeden Laibes Brot, jeden Pfundes Fleisch, Butter, Schmalz, jeder Flasche Bier, jeden Pfundes Kaffee oder Zucker, jeden Liters Petroleum zahlt die

Hausfrau einen Beitrag von ein paar Pfennig für die Rüstungen. Jede Arbeiterfrau sollte es sich merken: wenn sie ihren Kindern das karge Mahl bereitet, muß sie gleichzeitig zur Fütterung des unerfättlichen Raubtiers, des Militarismus, beitragen. Dieses Untier frißt mit, frißt am gierigsten aus der Schüssel der Armen. Denn es ist längst durch die Wissenschaft erwiesen, daß die Last der indirekten Steuern am schwersten auf die Armen drückt.

Zwar versichert man uns, daß die Milliarde Mark für einmalige Ausgaben und die 186 Millionen dauernder jährlicher Mehrausgaben diesmal durch Steuern auf den Besitz aufgebracht werden sollen. Es ist eine Lüge. Erstens will die Regierung die einmalige Abgabe auch von den kleinen Vermögen bis herab zu 10 000 Mk. erheben. Das ist eine freche Ausplünderung der Kleinbauern, der kleinen Handwerker, aller jener Leute, die noch nicht ganz proletarisiert sind, die aber schwer mit der Not zu kämpfen haben. Zweitens sind unter den neu geplanten Steuern solche, die auch die Arbeitererschaft schwer treffen, wie die Steuer auf Versicherung des Haushaltes gegen Feuerfchaden. Ferner solche, die auf die Massen abgewälzt werden, wie die Stempelsteuern. Außerdem soll die Ermäßigung der Zuckersteuer unterbleiben, die schon längst gesetzlich festgelegt war. Aber es kommt ein weiteres hinzu: die Rechnung, die der Staatssekretär Kühn aufgestellt hat über die Deckung der Kosten, ist eine Täuschung. Er rechnet darauf, daß die Einnahmen aus den bestehenden Zöllen und Steuern beständig wachsen werden, und diese Summen verrechnet er auf die Rüstungsausgaben. Er verschweigt dabei, daß die übrigen Ausgaben des Reiches auch steigen und daß beim Eintreten einer Krise — und eine solche wird kaum ausbleiben — die Einnahmen stark zurückgehen. Die ganze „Deckungs“rechnung ist daher reiner Schwindel. Es kommt der Regierung jetzt nur darauf an, erst einmal die Bewilligung der Ausgaben zu ergattern. Nach Jahr und Tag wird sich zeigen, daß kein Geld vorhanden ist. Dann wird man es machen wie 1909: eine „Finanzreform“ wird vorgenommen, das heißt es werden Hunderte von Millionen durch neue indirekte Steuern erpreßt. Das behaupten nicht nur wir Sozialdemokraten. Nein, auch ein Mann wie Graf Posadowsky, der gewesene Staatssekretär, hat es im Reichstag klipp und klar ausgesprochen: werden die Ausgaben für die Vermehrung des Heeres jetzt bewilligt, so wird es ohne neue indirekte Steuern auf Gegenstände des Massenkonsums nicht abgehen. Der Mann muß es jedenfalls wissen, er ist vom Bau. Zu der neuen Steuer aber an Gut kommt die Steuer an Blut. 136 000 junge Männer mehr als bisher sollen in die Kasernen, sollen zwei Jahre ihres Lebens, ihrer Arbeitskraft opfern.

Nun wohl, Frauen des arbeitenden Volkes, Mütter! An euch ist es, gegen diesen Wahnsinn zu protestieren. Eure Pflicht ist es, mit aller Macht zu protestieren. J. K.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Versammlungen zur Stärkung der gewerkschaftlichen und der politischen Organisation hielt Genossin Brandenburg-Hamburg im Februar ab. In Blumenthal und Vegesack hatte der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes zwei Agitationsversammlungen veranstaltet, deren Tagesordnung lautete: „Die Scharfmacherhebe, die Feinde des Deutschen Textilarbeiterverbandes, seine Kämpfe und seine Erfolge.“ Die Wollkammererei in Blumenthal beschäftigt gegen 3000 Arbeitskräfte, in der Mehrzahl Frauen und Mädchen. Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Straßsystem und Behandlung der Arbeitererschaft geben viel Grund zu Klagen. Gerade deswegen läßt die Direktion sich angelegen sein, durch die Förderung eines „nationalen Arbeitervereins“ einen Keil in die Ausbeuteten zu treiben. Auch sonst trachtet sie danach, deren Koalitionsfreiheit illusorisch zu machen. Trotz alledem herrscht unter der Arbeitererschaft dieses Betriebs eine geradezu sträfliche Gleichgültigkeit, die die Direktion weiblich für den kapitalistischen Profit ausnützt. Wann endlich werden auch diese Lohnsklaven des Textilkapitals von dem sieghaften Gedanken erfüllt sein: „Be-

freiung der Ausbeuteten aus Lebensnöten und Daseinsplage durch die unterdrückte Arbeiterklasse selbst.“ Dann wird keine feige Rücksicht, keine Knechtseligkeit sie vom Kampfe ihrer Brüder und Schwestern zurückhalten.

In Gesebrügge sprach Genossin Brandenburg über „Die politische und wirtschaftliche Lage der Gegenwart“. Aus Duxigehude, York, Vorkel, Kranz, Neuenfelde und der Lüche waren Genossen und Genossinnen zusammengekommen, etwa 250, bei dem weiten Wege bis zum Versammlungslokal eine stattliche Zahl. Mit großem Interesse folgten die Anwesenden dem Vortrag. Allseitig und lebhaft wurde der Wunsch laut, daß öfter Genossinnen aufs Land zur Agitation gesandt werden möchten — es hatte zum ersten Male eine Frau im Ort gesprochen. In Stade mit seiner prächtig aufblühenden Arbeiterbewegung war die Versammlung sehr gut besucht, die der Forderung des Frauenwahlrechts galt. „Was hat die Frau mit der Politik zu tun?“ so lautete das Thema, über das die oben genannte Genossin in Lehe bei Bremerhaven vor zirka 500 Personen sprach. Diese Versammlung nahm einen äußerst erfolgreichen Verlauf. Die sehr besorgte Polizei hatte zunächst versucht, den immer zahlreicher herbeiströmenden Genossinnen wegen Überfüllung den Zutritt zu dem Versammlungslokal zu verbieten. Sie mußte sich aber vom Wirt belehren lassen, daß der Saal mit polizeilicher Genehmigung 500 Personen aufnehmen dürfe. Als dann der Frauenschor „Vorwärts“ die Versammlung mit einem „Lied an die Arbeit“ einleiten wollte, wurde der Gesang „als nicht polizeilich genehmigt“ verboten. Laute Pflaue und minutenlanges Händeklatschen dankten der wachhabenden Polizei für ihre liebevolle Fürsorge und für ihre uneigennütige Propaganda, der Partei neue Anhängerinnen zu werben. Begeisterte Stimmung befehlte die Versammlung bis zum Schlusse. Lauter Jubel ertönte bei der Mitteilung, daß nach dem Referat 50 Parteimitglieder und 30 Gleichheitsabonnenten gewonnen worden waren. Nach einer mit vielem Geschick geführten Diskussion verließen die Versammelten unter kräftigem, freudigen Gesang der Verse des Sozialistenmarsches den Saal:

Der Erde Glück, der Sonne Pracht,
Des Geistes Licht, des Wissens Macht,
Dem ganzen Volke sei's gegeben,
Das ist das Ziel, das wir erstreben.

Die Polizei hatte wieder einmal gewirkt als „ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft“. e. g.

Im zweiten weimarschen Wahlkreis Eisenach-Deimbach veranstaltete der Kreisvorstand im Februar acht Volksversammlungen, die die Aufklärung und Organisierung der Frauen fördern sollten. Sie fanden statt in Farnroda, Kreuzburg, Mosbach, Mittelsthal, Kuhl, Eisenach, Lengsfeld, Döheim. Genossin Eifinger-Mainz sprach über „Die Frau im Kampfe um die Existenz“. Die Versammlungen waren überall zahlreich von Frauen und Mädchen besucht. Genossin Eifinger wies vorzüglich und klar nach, daß die kapitalistische Entwicklung neue wirtschaftliche und soziale Verhältnisse geschaffen hat. In der Folge wurden auch die Frauen und Kinder in das Joch des Erwerbslebens gespannt. Der Profit hunger der Kapitalisten drängt nach billigen Arbeitskräften und läßt die Frauenarbeit rasch anwachsen, ebenso die Kinderarbeit. In treffenden Ausführungen schilderte die Referentin das Glend der ausgebeuteten Frauen und Kinder und die Verschärfung der proletarischen Not durch die Verteuerung des Lebensbedarfs. Sie zeigte, welche ungeheure Schuld unsere wirtschaftspolitische Gesetzgebung an der Belastung der Arbeiterklasse trägt. Durch Beispiele beleuchtete sie, wie notwendig für die Frau die politische Betätigung geworden ist. Die politische Rechtlosigkeit der Frau mit ihren Schäden wurde von Genossin Eifinger scharf gezeihelt. Der Vortrag endete mit einer stammenden Aufforderung an die ausgebeuteten und rechtlosen Frauen, mit ihren Klassengenossen zusammen den Kampf gegen ihre Rechtlosigkeit, die Auswucherung des Volkes aufzunehmen. Die Zahl der Versammlungsteilnehmer belief sich zusammen ungefähr auf 1100, die politische Organisation gewann 114 Mitglieder. Das ist für die Verhältnisse im Kreise ein schöner Erfolg. Die Versammelten versprachen überall, die sozialistischen Anschauungen zu fördern und an der Stärkung der politischen Organisation und der Verbreitung ihrer Presse unablässig mitzuwirken. Sie sind davon überzeugt worden, daß die Sozialdemokratie die einzige politische Partei ist, die für die Demokratisierung aller öffentlichen Einrichtungen und für die Befreiung der Arbeiterklasse von der Klassenherrschaft kämpft, ein Ziel, das allein auch der Frau volle Freiheit und Gleichberechtigung verbürgt. Joh. Runnagel.

Im Bezirk Halle hielt Genossin Wartenberg-Altona Lichtbildervorträge über: „Das Wirtschaftsleben der Gegenwart mit seinen ungeheuren Schäden für die Volksgesundheit.“ Die Versammlungen, die in den Kreisen Halle, Zeig-Weißfels, Sangerhausen, Mansfeld und Wittenberg stattfanden, waren durchweg sehr gut besucht. Das ist beachtenswert, weil überall zur Deckung der Unkosten 20 Pf. Eintrittsgeld erhoben wurden und die Vorträge den Charakter einer geschlossenen Vereinsveranstaltung haben mußten. Unsere hiesigen Behörden würden nämlich gegen öffentliche Abhaltung der Vorträge Schwierigkeiten gemacht haben. In einem kleinen Vortragsort Halles war selbst der geschlossene Vereinsvortrag wegen „Gefährdung der Sittlichkeit“ verboten worden! Natürlich war das Verbot nicht aufrecht zu erhalten, aber man hatte inzwischen Zeit gefunden, um das Lokal wieder abzutreiben, und so konnte der Vortrag in dem Orte nicht stattfinden. Die Vorträge fanden großes Interesse. Es wurde überall der Wunsch geäußert, Genossin Wartenberg möchte einmal in einem besonderen Vortrag das Gebiet der Frauenkrankheiten behandeln, das sie nur flüchtig hatte berühren können. In ihrer leichtverständlichen Vortragsweise, die durch die Lichtbilder wirksam unterstützt wurde, lenkte die Referentin die Aufmerksamkeit der Zuhörer auf die großen gesundheitlichen Schäden, die die Folgeerscheinungen der bestehenden Wirtschaftsordnung sind, und sie gab viele beachtenswerte Ratsschläge, wie weit der einzelne diesen entgegenzuwirken vermag.

Für Partei, Gewerkschaften und Jugendorganisation agitierte die Unterzeichnete in einer Reihe von Orten in Sachsen. Versammlungen fanden statt in Gommern bei Dresden, Neundorf bei Pirna, Falkenstein im Vogtland, Großsedlitz und Kesselsdorf bei Dresden, Göhrisch bei Königstein. Frauenversammlungen waren einberufen in Sporhitz und Großschachwitz und in Mügeln bei Dresden (2). Gut besucht waren die Veranstaltungen zum Frauentag am 2. März in Göhrisch bei Königstein und am 3. März in Zittau. Für die Jugendorganisation fanden zwei Versammlungen in Mügeln-Dohna bei Dresden und Dresden-Pieschen-Trachenberge statt, die glänzend besucht waren. Eine rege Debatte der Jugendlichen schloß sich dem Vortrag an. Guten Erfolg brachten die sechs Betriebsversammlungen für den Fabrikarbeiterverband, Zahlstelle Dresden, desgleichen eine Versammlung für die hausindustriellen Blumenarbeiter, die diese mit den Bestimmungen des Hausarbeitengesetzes vertraut machen sollte. In Sainichen hatte das Gewerkschaftskartell eine öffentliche Versammlung einberufen mit dem Thema: „Der Kampf der gegnerischen Gewerkschaften gegen die freien Gewerkschaften.“ Der Deutschnationale Arbeiterverein hatte ein Flugblatt verbreitet, das der glänzend besuchten Versammlung als gutes Anschauungsmaterial zu dem Thema diente. Noch besser aber wurde die Kampfweise der gegnerischen Gewerkschaften illustriert durch die Rede eines Herrn Pastor Richter aus Königswalde, den die Unternehmer eigens „bezogen“ hatten als Anwalt der arbeitverräterischen Bestrebungen der Deutschnationalen. An der Spitze eines halben Dutzends nationaler Arbeiter, Unternehmer und Meister hatte sich dieser Gottesstreiter in unserer Versammlung eingefunden. In der Diskussion ergriff Herr Richter das Wort, und eine schmutzige Flut von Verleumdungen, Fälschungen und Entstellungen ergoß sich länger als eine Stunde über die Versammelten aus dem Munde des Predigers der Nächstenliebe und der Wahrheit. Unter anderem bezichtigte dieser Vorkämpfer der Deutschnationalen die Führer und Angestellten der freien Gewerkschaften der Unterschlagung. Die Versammlungsleitung hatte Not, die Zuhörer in Ruhe zu halten. Es lag uns sehr viel daran, daß die Sainicher Arbeiter nicht nur immer Proleten, sondern auch einmal einen Herrn aus den besseren Ständen, einen Akademiker und noch dazu einen Pastor hören sollten. In der Erwiderung wurde dem Mann Gottes nichts geschenkt. Das Ergebnis der pastoralen Verebfamkeit für den Deutschnationalen Arbeiterverein war gleich Null. Wir bitten Herrn Pastor Richter aus Königswalde, sich recht oft in unseren Versammlungen einzufinden. Er erpart uns manche Beweisführung und steckt in den Köpfen der Unaufgeklärten ein Licht an. M. W.

Aus den Organisationen. Für die weiblichen Mitglieder der Ortsgruppe Weimar sind seit Beginn des letzten Winterhalbjahres Lesende eingeführt worden. Sie sollen den Genossinnen in leichtverständlicher Form Belehrung und Anregung geben. Leider haben von 140 weiblichen Parteimitgliedern nicht viel mehr als ein Drittel an den 16 Lesenden teilgenommen, nämlich 53. Auf den einzelnen Abend kommen durchschnittlich nur 22 Teilnehmerinnen; bloß zwei Genossinnen waren an allen 16 Lesenden anwesend,

während ein Drittel der Besucherinnen nicht öfter als zweimal erschien. 87 Genossinnen haben nicht ein einziges Mal den Weg zu dieser Bildungsgelegenheit gefunden. Die unerfreuliche Tatsache wird damit zu entschuldigen gesucht, daß der Abend nicht glücklich gewählt war. Bei allgemeinen öffentlichen Versammlungen ist die Beteiligung der weiblichen Parteimitglieder stärker. Eine größere Schulung und Aufklärung der Frauen tut aber bitter not. Es muß daher alles darangesetzt werden unter Vermeidung etwaiger begangener Fehler, die ständige Besucherzahl der Lesenden zu heben. a. b.

Politische Rundschau.

Die erste Lesung der Wehr- und Deckungsvorlagen ist beendet. Der Reichstag hat die Riesenforderung des Imperialismus und das übelduftende Bukett ihrer Deckung an die Kommission verwiesen, und das Problem ist nun, wie die Mehrheit für die Regierungsvorlagen zusammenzutreiben ist und wie diese noch vor Beginn des Hochsommers fertiggestellt werden können. Das heißt, das Problem entsteht nur durch die Frage der Deckung — die Wehrvorlage könnte in wenigen Tagen erledigt sein, wenn sie eben nicht hinterher bezahlt werden müßte. Denn von einer wirklichen bürgerlichen Opposition gegen die Riesenforderung des Imperialismus kann in Wahrheit nicht die Rede sein, trotz aller gelegentlichen rebellischen Äußerungen einzelner fortschrittlicher und Zentrumsblätter und einzelner Abgeordneten dieser Parteien. Längst sind die Zeiten vorbei, wo ein Bismarck nur mit Aufgebot der verzweifeltsten Mittel seine Militärvorlagen durchdrücken konnte, wo er in Kurassierstiefeln mit dem Pallasch rasselnd die chauvinistischen Instinkte aufstacheln und den Spießer mit Turko und Kosak schrecken mußte, um die nötige Stimmung im Lande zu schaffen. Heute brauchen sich die Herren vom Regierungstisch nicht mehr in Unkosten zu stürzen, heute werden Heeresverstärkungen bewilligt, ohne daß Kanzler und Kriegsminister einen Finger krumm zu machen brauchen. Die Begründung einer Militärvorlage ist heutzutage ein Luxus, ein im Grunde ganz überflüssiges Ding, das nur auslandshalber beigegeben wird. Die bürgerlichen Parteien würden die Forderung des Militarismus schließlich auch ohne jegliche Begründung bewilligen. Denn sie wissen ganz gut, daß alles, was in dieser Hinsicht gesagt wird, doch nur Vorwand ist, hinter dem der wahre Grund des Wettrüstens dem Volke und den anderen Nationen verborgen werden soll. Dieser wahre Grund ist eben der Imperialismus, die Politik der Macht und Gewalt, die den Krieg selbst oder doch die Kriegsdrohung als Mittel benützt und die daher auch beständig mit der Gefahr des Krieges zu rechnen hat. Deshalb kann in der Tat für eine Regierung und für die Parteien, die imperialistische Politik zu treiben entschlossen sind, die Armee sowohl wie die Flotte nie stark genug sein. Und der Imperialismus ist heute dasredo aller bürgerlichen Parteien, weil er außer der nackten Gewalt das einzige ist, was sie dem Sozialismus noch entgegenzustellen haben.

Von einer großen Debatte, von einem ernsthaften, grundsätzlichen Kampfe ist im Reichstag nichts zu spüren gewesen. Da die Sozialdemokratie ja noch die Minderheit im Reichstag bildet und mithin das Schicksal der Vorlage gesichert ist, so fehlt den bürgerlichen Parteien jede Veranlassung zu wahrer leidenschaftlicher Erregung. Was sie anstandshalber, der Wähler wegen an Fragen und Bedenken vorbringen, dem fehlt die Macht der tiefgewurzelten Überzeugung, das verrät die Masche. Und was sie für die Vorlage zu sagen haben, das erhebt sich nicht zu Schwung und Größe, weil die Redner nicht durch die Notwendigkeit gespornt werden, Widerstrebende für ihre Ansichten zu gewinnen. So ist denn von bürgerlicher Seite keine einzige wirklich großzügige, fortreizende Rede gehalten worden — eine Debatte von weltgeschichtlicher Bedeutung, die von der Ordnungspresse gefordert wurde, läßt sich wahrhaftig aus diesen Verhandlungen nicht machen. Nicht einmal dem äußeren Anstrich nach. Selbst dazu fehlte den bürgerlichen Parteien die Spannkraft, durch ein bißchen buntes Redefeuerverk über die Rede des Inhalts der Debatte hinwegzutäuschen. Bethmann Hollweg, der ihnen voranzugehen hatte, versteht sich freilich auf solche Kunststücke gar nicht, die dem Schaumschläger Bülow jederzeit zu Gebote standen. Er ist immer der korrekte Bureaukrat. So hat er denn den Reichsboten eine fade Wassersuppe vorgesetzt. Das wenige Richtige, das seine Ausführungen enthielten, ist zu einer Begründung der Wehrvorlage schlechterdings nicht zu gebrauchen. Denn wenn der Kanzler versichert, daß das Verhältnis zu England sich gebessert hat, wenn er erklärt, daß Deutschland zu den Nachbarstaaten in den besten Beziehungen steht, so spricht das

nicht gerade für die Notwendigkeit von Riesenrüstungen. Was aber in seinen Ausführungen logisch als Begründung der Wehrvorlage gelten könnte, das ist — nicht richtig. Die einzigen Fettaugen auf der dünnen Bräse seiner Rede waren nämlich die panslawische Gefahr und die chauvinistische Stimmung in Frankreich. Daß die panslawische Gefahr ein Humbug ist, das haben wir schon bei der Besprechung der Wehrvorlage beziehungsweise ihrer Begründung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ gezeigt. Dem wäre hier nur noch hinzuzufügen, daß die große Slawenmacht Rußland noch nicht einmal ein einheitliches Gebilde darstellt. Unter seinen vielen verschiedenen Völkern bilden sich vielmehr starke Gegensätze heraus, da die wirtschaftliche Entwicklung die bislang vom Zarismus in ihrer Nationalität unterdrückten Völker immer mehr zu eigenem kulturellen und nationalen Leben erweckt. Ebenförmig ernst zu nehmen wie der Panslawismus ist der Chauvinismus in Frankreich. Chauvinistische Schreier, Müpel und Hezer gibt es in allen Ländern oder wenigstens Großstaaten ebenso wie Rüstungspolitiker und Imperialisten. Aber die große Masse der Bevölkerung ist in Frankreich so friedliebend wie in Deutschland. Das haben wir ja jetzt erst wieder bei dem Zwischenfall in der französisch-lothringischen Grenzstadt Nancy gesehen. Die französische Regierung hat sich beeilt, der deutschen Regierung Genugtuung zu geben, und die überwiegende Mehrheit der französischen Presse hat die Ausschreitungen der Nancyer Kohlinge entschieden verurteilt. Wenn es nach dem Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung der Staaten ginge, so wäre die Gefahr kriegerischer Zusammenstöße im allgemeinen gering. Aber nicht sie entscheidet, sondern eine bevorrechtete Minderheit von Besitzenden. Und soweit die Massen noch nicht mit sozialistischem Geiste erfüllt und damit grundsätzlich gegen das nationalistische Gift gefeit sind, gelingt es den herrschenden Klassen meist noch, sie in den Wahn zu versetzen, daß der Krieg unvermeidlich sei zum Schutze des Vaterlandes. Insofern hat Bethmann Hollweg recht, wenn er meint, daß entschlossene Minoritäten die Mehrheit zum Kriege fortzreißen können. Aber insofern ist seine Behauptung wiederum ganz falsch, als er die Gefahr in den Volksmassen sucht. Sie liegt vielmehr durchaus bei den Regierenden, bei den herrschenden Klassen, bei der Bourgeoisie, die die Trägerin des Imperialismus ist und die die Grauel des Krieges nicht scheut, wenn dessen Chancen ihr günstig erscheinen. So bleibt von der angeblichen Begründung der Vorlage, die der Kanzler gegeben hat, nichts übrig, sobald man ihr auf den Leib rückt. Aberdies hat der Leiter der deutschen Politik seine Worte über die panslawische Gefahr hinterher, erschreckt durch das Echo, das sie in der alldeutschen Presse fanden, und von dem Eindruck im slawischen Ausland, zum größten Teil wieder zurückgenommen. Und in der ganzen Debatte ist von den bürgerlichen Rednern den kümmerlichen Gedanken der Bethmannschen Rede nicht ein einziger neuer hinzugefügt worden. Abgesehen von ein paar platten Kriegervereinsreden reichsparteilich-reichsverbändlerischer und antisemitischer Herkunft fehlte auch jedes Anzeichen wahrer Begeisterung. Herr Wassermann und Graf Kanitz, die Redner der Nationalliberalen und Konservativen, machten einen müden und gedrückten Eindruck, der Zentrumsredner Spahn nicht minder. Was an den Reden des Fortschrittlers Müller-Meinigen und des Zentrumsabgeordneten Erzberger lebendiger war, das war — Kritik der Vorlage und der Armeeforderung nach Ersparnissen und Reformen. Eine Kritik, die aber leider nicht ernst zu nehmen ist. Denn sie wird keine Folgen haben, weil Fortschrittler und Zentrum schließlich doch, ohne auf Reformen und Ersparnissen zu bestehen, alles bewilligen werden, die beiden forschen Redner eingeschlossen. Ernster ist der Zentrumsabgeordnete Häußler zu nehmen. Zum großen Entsetzen der militärischen Sachverständigen am Bundesratsstisch und der Regierung überhaupt, nicht zuletzt aber seiner eigenen Partei zeigte dieser, daß ein Fachmann — Herr Häußler ist Generalmajor z. D. — die Verkürzung der Dienstzeit in sehr radikaler Weise zu befürworten in der Lage ist. Die Stimme dieses tapferen Militärs wird indes im bürgerlichen Lager unbeachtet verhallen — von den Vertretern der Militärgewalt ist er schon zu den Sozialdemokraten geworfen worden, weil seine Rede allein von ihnen Beifall erhielt.

Die Mattigkeit und Schwunglosigkeit der maßgebenden bürgerlichen Redner erklärt sich aber nicht einzig aus dem Umstand, daß das Schicksal der Vorlage gesichert ist. Vor allem liegt die Sorge um die Deckungsvorlage als Mehltau auf ihrer Begeisterung. Die Besitzenden sollen zahlen, wenn auch durchaus nicht alles, so doch mehr, als es bislang in Deutschland üblich

war. Das ist das Meigewicht, das den Herren die Schwingen der Begeisterung belastet. Das offenbarte sich in der Debatte über die Deckungsvorlagen sehr deutlich. Die sozialdemokratischen Redner haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß unsere Partei, wenn die Wehrvorlage nicht zu verhindern ist, bei den Deckungsvorlagen alles daran setzen wird, daß die Last auch wirklich den Besitzenden aufgeladen wird. Die sozialdemokratische Fraktion wird deshalb für allgemeine Reichsbesitzsteuern stimmen, die ihren Namen verdienen. Wenn die Nationalliberalen also Reichsvermögenssteuer oder Reichserbschaftsteuer oder beides an Stelle des faulen Zaubers der „veredelten Matrifularbeiträge“ setzen wollen, so haben sie es in der Hand, die Mehrheit dafür ist vorhanden. Aber die nationalliberalen Redner haben sich gehütet, sich irgendwie festzulegen. Offenbar würden sie eine Einigung mit dem Zentrum, die auf irgend eine jämmerliche Halbheit hinausläuft, der schrecklichen Eventualität vorziehen, mit Fortschrittler und Sozialdemokraten eine Mehrheit der Linken bilden zu müssen. Das Zentrum und die Konservativen sparen nicht mit Lockungen und Drohungen an die nationalliberale Adresse. Das Zentrum hat schon ganz offen damit gedroht, daß es die ganze Wehrvorlage rücksichtslos ablehnen werde, wenn die Deckungsfrage nicht nach seinem Willen gelöst wird. Es ist fraglich, ob die Nationalliberalen dieser Drohung standhalten werden.

In Belgien steht seit dem 14. April das Klassenbewußte Proletariat in einem ersten und schweren Kampf ums gleiche Wahlrecht. Der Generalkstreik hat die Räder stillgesetzt. An 400 000 Arbeiter haben zur Zeit, da diese Zeilen geschrieben werden, die Arbeit eingestellt, und unsere Genossen hoffen, daß die Zahl der Streikenden auf eine halbe Million steigen wird. In der ersten Woche des Kampfes hat die Schär der Ausständigen beständig zugenommen. Bewunderungswürdig ist die Disziplin, die die belgischen Brüder beobachten. Die Parole: „Der Streik wird friedlich sein!“ wird aufs strengste befolgt. Die Organisation des gewaltigen Ausstandes ist auf das sorgfältigste ausgearbeitet worden. Methodisch und seit längerer Zeit wurde der Streik vorbereitet. Die belgischen Genossen haben sich nicht nur das Ziel gesteckt, durch eine langandauernde Agitation die Massen in den Streik zu reißen, sie haben auch für die Unterstützung der Streikenden vorgesorgt. Sie haben sich die Niesenaufgabe gestellt, die Hunderttausende mit ihren Angehörigen vor dem äußersten Mangel zu bewahren. So wurde von den belgischen Genossen die Lebensmittelverteilung und -zubereitung organisiert — die sogenannten kommunistischen Suppen, die in Feldküchen der Streikarmee gelocht werden. Es ist aber auch für die geistige Anregung der Kämpfenden gesorgt, so daß diese ihre freie Zeit bei guter Unterhaltung, bei Spiel und Sport, in Lesehallen und Vortragsläden, auf Ausflügen und bei kleinen Feiern verbringen können. Die Kinder der Streikenden werden in großen Scharen bei Genossen in Frankreich und Holland untergebracht. Den Genossinnen hat sich bei dieser Organisationsarbeit ein weites Feld der Tätigkeit eröffnet. Und all diese gewaltige Arbeit hat das belgische Proletariat mit einer gewerkschaftlichen und politischen Organisation unternommen, die nach unseren deutschen Begriffen noch schwach ist. Um so lehrreicher ist das Beispiel, das die belgischen Genossen uns geben. Die Wirkungen des Streiks werden der herrschenden Klasse schon sehr unangenehm — vorläufig verharren die Regierung und die herrschende liberale Partei indes noch bei ihrer starren Verweigerung der Wahlreform.

Auf der Balkanhalbinsel führt die allgemeine Erschöpfung der Kämpfenden endlich zum Frieden. Auch Montenegro hat sich schließlich dem Willen der Mächte unterworfen und will Skutari den Albanern überlassen. Ein blutiges Kapitel wird zum Abschluß kommen, wenn nicht etwa unter den Verbündeten noch ein Streit um die Beute ausbricht. H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Der Arbeiterschuh friecht in Deutschland in weit langsamem Tempo vorwärts als die Arbeiterversicherung. Der Regierung und den herrschenden Parteien war ein wenig Arbeiterversicherung immerhin noch eher abzapfen, als ausreichender gesetzlicher Arbeiterschuh. Man tut sich aber auch nicht wenig zugute auf dieses soziale Werk der Arbeiterversicherung. Auf internationalen Ausstellungen ließ man die hohen Zahlen der Gesamtleistungen aufmarschieren, probte mit den seit 20 oder 25 Jahren ausgegebenen Summen und sonnte sich in dem Ruhme des „sozialen Staats“. Man vergaß allerdings, dabei auch darzustellen, was diese hochgepriesene Sozialversicherung in Wirk-

lichkeit für den einzelnen leistet, denn das hätte dem Ruhmesbild wesentlich Abbruch getan. Auch setzte man den Leistungen der „Sozialreform“ nicht die Riesensummen zur Seite, die die Proletarier für die ausbeutende Minderheit erschufet haben. Für die Arbeiter ist der gesetzliche Arbeiterschutz das grundföhllich Wichtigere. Denn die Arbeiterversicherung heilt notdürftig die Wunden, die der Kapitalismus schlägt, der Arbeiterschutz aber soll die Verwundung verhüten. Die deutsche Industrie hat eine riesenhafte Entwicklung genommen, sie verwendet Maschinen, die technisch immer vervollkommener, komplizierter sind, rascher arbeiten, daher aber meist auch immer geföhllicher werden. Die Unfallgefahr ist dem Umfang und dem Grade nach gestiegen. Die Arbeit ist intensiver, aufreibender geworden. Auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes ist aber ein völliger Stillstand eingetreten. Wie unzureichend der Arbeiterschutz ist, zeigte unter anderem neuerlich wieder der Rechenschaftsbericht der Knappschaftsberufsgenossenschaften, nach dem die Unfallhäufigkeit im letzten Jahre wiederum gestiegen ist. Unseren Forderungen auf Schutzvorrichtungen und Schutzvorschriften begegnen die Gegner stets mit dem Geschwöh, auch die vollkommensten Maßnahmen würden in den Betrieben die Unfälle nicht völlig beseitigen. Und wenn sie ihren letzten Trumpf ausspielen, so versteigen sie sich zu der Weisheit: auch im Zukunftsstaat werde es Unfälle geben. Denn sie sehen nicht oder wollen nicht sehen, daß die Hauptursache der Unfallgefahr im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise, in der Ausbeutung der Arbeitskraft liegt. Wir dagegen sehen nicht bloß, wie unzulänglich in den Betrieben ist, was die Gesundheit, die Lebenskraft der Fronenden schützen könnte. Wir erblicken außerdem das Hauptübel: das Gassen, Jagen und Antreiben der Arbeitenden; die übermäßig lange Arbeitszeit. Vor allem die letztere raubt dem Arbeiter und der Arbeiterin die Spannkraft und läßt ihre Aufmerksamkeit für die Gefahr erschaffen. Was haben aber Regierung und bürgerliche Parteien in den letzten Jahren getan, um die Arbeitszeit gesetzlich einzuschränken? Das letzte, was von ihnen erzwungen werden konnte, war das Gesetz des Achtstundentags für Arbeiterinnen. Ein Gesetz, das mannigfaltig umgangen wird. Glaubt außerdem wirklich ein Mensch, daß heute der gesetzliche Achtstundentag einen Schutz gegen übermäßige Ausbeutung und damit gegen die Unfallgefahr bietet? Auch in 10 Stunden wird die Arbeiterin bei der jetzigen Betriebstechnik dermaßen ausgenutzt, daß sie an ihrer Gesundheit Schaden erleidet. Die Grundforderung eines wirksamen Arbeiterschutzes wird daher immer eine solche gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit sein, die Arbeiter und Arbeiterinnen auch wirklich vor zügelloser Ausbeutung bewahrt und ihre Gesundheit und ihr Leben schützt. Als nächste Etappe zur Durchsetzung dieser Forderung gilt dem Proletariat der gesetzliche Achtstundentag. Seit nunmehr 24 Jahren demonstrieren die Arbeitermassen für diese Kulturforderung, die Gesetzgebung rührt sich nicht. Wenn wir jenem Ziele näher rücken, so verdanken wir das in erster Linie der organisierten Selbsthilfe der Arbeiter und Arbeiterinnen. Dank dieser wird in einzelnen Gewerben in nicht allzu langer Zeit tarifliches Gesetz sein, was die Scharfmacher und ihre Dienerin, die Regierung, als schwere Schädigung der deutschen Industrie verschrien haben und verschreien. Schon haben einige wenige Gewerbe den Achtstundentag tariflich festgelegt. Andere sind nicht mehr weit von dieser Errungenschaft. Bei einer der letzten großen Tarifbewegungen ist in einem großen Gewerbe wenigstens für Berlin vom Jahre 1915 ab die 50stündige Arbeitswoche vorgeesehen. Und während der gesetzliche Arbeiterschutz in bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit völlig stockt, erkämpften unsere Gewerkschaften in einem Jahre für rund 300 000 Personen 700 500 Stunden Arbeitszeitverkürzung wöchentlich. Diese Tatsache ist ehrend für die Tatkraft der Arbeiterorganisationen wie beschämend für die Gesetzgebung. Diese hat freilich wichtigeren Aufgaben nachzugehen. Zum Schutze derjenigen, die sich durch Streikbrecherdienste jener Kulturarbeit hindernd in den Weg stellen, schmiedet sie Zuchthausgesetze für die kämpfende Arbeiterschaft. Statt Arbeiterschutz Arbeitertrug. Das ist die Parole der sozialen Gesetzgebung in Deutschland. Um so lauter und wichtiger muß am 1. Mai für Arbeiterschutz und für die Forderung des Achtstundentags unser Feldgeschrei erklingen.

Im Baugewerbe ist die Lage äußerst kritisch. Nach der Beratung von Vertretern beider Vertragsparteien sollte örtlich von den Unparteiischen weiterverhandelt werden. Diese Verhandlungen brachten für die Arbeiter wenig annehmbare Ergebnisse. Die Unternehmer lehnten in vielen Orten jedes Entgegenkommen ab, weder wollen sie die Löhne erhöhen noch die Arbeits-

zeit verkürzen. In zahlreichen Orten boten sie — ein blutiger Lohn — einen ganzen Pfennig Stundenlohnerhöhung, 2, 3, 4 Pfennig bloß in wenigen Städten und darüber hinaus gar nur in sehr seltenen Fällen. So die Haltung der Arbeitgeber den Maurern und Bauhilfsarbeitern gegenüber, im Zimmerergewerbe scheint sie noch verstockter zu sein. Am 22. April beginnen wieder die zentralen Verhandlungen vor den Unparteiischen. Sie bieten wenig Aussicht auf einen friedlichen Abschluß der Tarifbewegung, wenn die Unternehmer bei solchen Angeboten bleiben. Gehen doch diese Angebote noch unter die der letzten Tarifverhandlungen vor drei Jahren herunter, und sie wurden damals schon als ungenügend erachtet. Ein Kampf erscheint unausbleiblich, den die kriegsbereiten Bauarbeiterorganisationen durchaus nicht zu fürchten brauchen.

Der Verlauf des Kampfes im Malergewerbe ist gerade nicht dazu angetan, die Unternehmer zu Scharfmachereien zu ermutigen. Die Malermeister haben erneute Verhandlungen vor den Unparteiischen zum Scheitern gebracht, die vom Staatssekretär Delbrück angeregt worden waren. Sie waren des kindlichen Glaubens, daß die Gehilfenvertreter trotz der verfrachten Aussperrung sich ihren Bedingungen unterwerfen würden. Diese Bedingungen legten zum Teil noch weniger fest als die früher gefällten Schiedsprüche, auch waren durch Abschluß von örtlichen Sondertarifen vielfach schon bessere Vereinbarungen zustande gekommen, die über die Zugeständnisse der Schiedsprüche hinausgingen. Einstweilen denken die Gehilfen nicht an Unterwerfung. Die Aussperrung bröckelt mehr und mehr ab, die Unternehmer sind infolge ihres Verhaltens ihrem Ziele, dem Reichstarif, denn auch ferner als je. Einstweilen suchen sie durch Versendung von Notizen an die bürgerliche Presse über die Zahlen der Ausgesperrten und über die Ursache der Maßnahme der Öffentlichkeit blauen Dunst vorzumachen. Sie meinen dadurch ihre verfrachtete Scharfmachersüchchen beschönigen zu können und zu retten, was nicht mehr zu retten ist. Ebenjowenig wird ihnen der Terrorismus gegen die Farben- und Lackfabrikanten etwas nützen. Aber kurz oder lang werden die Herren Malermeister die Waffen strecken müssen.

Zu der Lohnbewegung des polnischen Bergarbeitervereins in Oberschlesien ist es zum Streik gekommen. Die Bergwerksbesitzer lehnten die Forderungen der Arbeiter ab. An der Sammlung von Unterschriften für eingetragene Kündigung hatte sich unser Bergarbeiterverband nicht beteiligt. Doch hat er erklären lassen, daß er seinen Mitgliedern ohne weiteres die Arbeitseinstellung empfehlen werde, sobald die polnische Organisation Ernst mache. Im Wurmrevier kamen die Christlichen mit allerlei Bedingungen, denen sich der Bergarbeiterverband unterwerfen sollte. Das hat unser Verband abgelehnt. Dagegen hat er auch hier bestimmt erklärt, daß er Solidarität üben werde, wenn es zur Arbeitseinstellung käme. Der alte Bergarbeiterverband kann ruhig abwarten, ob die christlichen „Großklappen“ wirklich halten werden, was sie den Arbeitern versprochen haben, oder ob sie diese abermals am Narrenseil führen. Für die Zuverlässigkeit des alten Verbandes im Ernstfall bürgt seine Vergangenheit als* standhafter Streiter in schwierigen und gefährvollen Kämpfen.

Der Streik in der Berliner Herrenkonfektion hat den Arbeitern Erfolg gebracht. Nach tagelangen Verhandlungen mit den Konfektionären unter Hinzuziehung der Zentralvorstände beider Organisationen kam die Einigung zustande. Die Akkordlöhne wurden um 7 bis 8 Prozent verbessert, der Wochenlohn wurde von 30 auf 32 M. erhöht, nach einjähriger Tätigkeit in demselben Geschäft soll er 33 M. betragen. Darüber hinaus Entlehnte erhalten 1,50 M. Zulage. Ferien wurden bewilligt: nach einjähriger Tätigkeit 5 Tage, nach zweijähriger 8 Tage.

Wzu eifrig im Dienste der Unternehmer bewies sich die Dresdener Polizei. Sie hielt in dem dortigen Gewerkschaftsbureau des Fabrikarbeiterverbandes Haussuchung nach einem Manuskript, weil ein Papierfabrikant sich durch ein Rundschreiben des Verbandes beleidigt fühlte. Gegen den Fabrikanten war früher vom Gauvorstand des Fabrikarbeiterverbandes Anzeige gemacht worden, weil er entgegen den gesetzlichen Bestimmungen Kinder beschäftigte und Jugendliche länger als 10 Stunden ausbeutete. Dafür mußte er 20 M. Strafe zahlen. Trotz dieser Milde der strafenden Gerechtigkeit war der Sünder über seine Verurteilung so aufgebracht, daß er auf Rache sann. So machte er denn die Polizei gegen den Verband mobil, und diese polterte fünf Mann hoch in das Bureau des Verbandes, um das Recht zu wahren. Bei Übertretungen des Kinderschutzes hat sie es nicht so wichtig und eilig. #

Arbeitslofenzählung im Deutschen Textilarbeiterverband.

Die Märzszählung ergab 1241 Arbeitslose, darunter 508 Arbeiterinnen. Im Vormonat waren 1194, im März des Vorjahres 537 Beschäftigungslose verzeichnet worden. Am gleichen Tage wurden als auf der Reise befindlich gemeldet 126 arbeitslose Mitglieder, darunter 9 weibliche, im Vormonat waren es 122, im März des Vorjahres 163. Im ersten Quartal 1913 waren 5318 Verbandsmitglieder insgesamt 74 187 Tage arbeitslos, im gleichen Quartal des Vorjahres 3782 Mitglieder 51 851 Tage. An Arbeitslofenunterstützung wurden in diesem Zeitraum an 3103 Männer für 42 800 Tage 46 144 Mk. und an 1034 Frauen für 12 130 Tage 9456 Mk. ausgezahlt. Für Arbeitslose auf der Reise betrug die Unterstützung 4429 Mk. — Die Märzszählung erfaßte 98,2 Prozent der Mitglieder; 19 Filialen mit 2634 Mitgliedern haben sich nicht an der Zählung beteiligt. Die Zahl der Mitglieder betrug 88 865 männliche und 55 605 weibliche, zusammen 144 470. sk.

Aus der Holzarbeiterbewegung. In der Holzindustrie sind in den letzten Wochen zwei Lohnkämpfe erfolgreich beendet worden, die besondere Beachtung verdienen, der eine wegen seiner langen Dauer, der andere seines Umfangs und der Wegend wegen, in der er spielte. In den Unterweserorten Bremerhaven, Lehe und Geestemünde forderten die Tischler im Mai 1912 die Herabsetzung der täglichen 10stündigen Arbeitszeit auf 9 $\frac{1}{2}$, Sonnabends 8 $\frac{1}{2}$ Stunden und daneben als Ausgleich für die ausfallenden Stunden Erhöhung des Stundenlohns um 4 Pf. 2 Pf. Lohnerhöhung wollten die Arbeitgeber gütigst gewähren, die dort unter dem Einfluß des Bauarbeiterverbandes stehen, die Arbeitszeitverkürzung hingegen lehnten sie „grundsätzlich“ ab. Dabei ist der Zehnstundentag in der deutschen Holzindustrie schon längst zur Ausnahme geworden, nur hier an der Wesermündung hatte er sich noch gehalten. Um ihre Forderung durchzusetzen, legten am 6. Juni 1912 die Arbeiter in Stärke von 120 Mann die Arbeit nieder. Die Arbeitgeber aber blieben hart. Da eine langwierige Dauer des Kampfes voraussehen war, reisten alsbald sämtliche ledigen Streitenden und allmählich auch viele verheiratete ab. Als nur im März dieses Jahres endlich wieder ernsthafte Verhandlungen mit den Arbeitgebern zustande kamen, waren nur noch 18 Ausständige am Orte, die für Fernhaltung des Zuzugs von Arbeitswilligen sorgen mußten. So sauer den Arbeitgebern auch der Wufgang geworden sein mag, so boten sie doch jetzt immerhin schon eine dreistündige Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit an. Allerdings sollte diese auf den Sonnabendnachmittag verlegt werden, um das Prinzip des geheiligten Zehnstundentags zu wahren. Doch nachdem einmal das Eis gebrochen war, gelang es dem Holzarbeiterverband, auch seinen weitergehenden Wünschen Anerkennung zu verschaffen. Der jetzt abgeschlossene Tarifvertrag setzt die tägliche Arbeitszeit sofort von 10 auf 9 $\frac{1}{2}$ Stunden und ab 1. Oktober 1915 an den Sonnabenden auf 8 $\frac{1}{2}$ Stunden herab. Von diesem Zeitpunkt an wird also die Arbeitszeit nur noch 56 Stunden in der Woche betragen. Die Stundenlöhne werden innerhalb der drei Vertragsjahre insgesamt um 10 Pf. erhöht, von denen 4 Pf. als Ausgleich für den durch die Verkürzung der Arbeitszeit entstehenden Verdienstausschlag gelten. Der übliche Stundenlohn beträgt ab Oktober 1915 statt jetzt 54 Pf. dann 64 Pf. Das sind die erfreulichen Ergebnisse zehnmönatiger Ausdauer im Kampfe!

Im hohen Nordosten Deutschlands, in Memel, spielte der andere Lohnkampf. Noch verhältnismäßig jung ist die Organisation in den hier in Betracht kommenden Betrieben für die Rohbearbeitung des Holzes, in den Schneidemühlen und Schälfabriken. In den Schälfabriken ist der Holzarbeiterverband die maßgebende Organisation, während in den Schneidemühlen ihm nur die Säger angehören, die Plagarbeiter dagegen den Verbänden der Transport- und der Fabrikarbeiter eingereiht sind. Weil bei der diesjährigen Tarifverneuerung eine Einigung mit den Unternehmern nicht zustande kam, wurden mit Jahresbeginn rund 1300 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt. Etwa 500 von diesen, darunter viele Frauen, gehörten dem Deutschen Holzarbeiterverband an. Trotzdem den Ausgesperrten größtenteils eine längere gewerkschaftliche Schulung fehlte, hielten sie tapfer aus, bis nach zehnwöchigem Kampfe ein Vertrag zustande kam. Dieser erhöht für die Schälwerke den bisher 28 bis 30 Pf. betragenden Einstellungslohn erwachsener Arbeiter sofort auf 32 Pf. und läßt ihn in der Vertragszeit auf 35 Pf. steigen. Für die bisher ganz ungeregelten Löhne der weiblichen und jugendlichen Arbeiter sind Bestimmungen getroffen, wonach der Lohn der Arbeiterinnen bis 19 Pf., derjenige der Jugendlichen bis zum zwanzigsten Jahre auf 30 Pf. steigt. Die bisher geltenden Löhne und Akkordsätze wurden durchschnittlich um 12 bis 15 Prozent erhöht. In den anderen Betrieben war allerdings das Ergebnis infolge der Zerrissenheit der Organisation weniger günstig. Immerhin aber zeigt dieser umfangreiche Kampf, daß auch die Arbeiterschaft im äußersten Osten Deutschlands

nicht mehr so anspruchslos dahinlebt, vielmehr beginnt, ihre Lebensbedingungen durch die gewerkschaftlichen Machtmittel zu verbessern. Wenn die Löhne dort noch nicht überall die Höhe erreicht haben wie in gleichartigen Berufen im übrigen Deutschland, so weil auch die beste Organisation nicht auf einen Schlag nachholen kann, was die Arbeiter in ihrer Verknechtung und Gleichgültigkeit jahrelang versäumt haben. Aber es geht vorwärts. In mehreren Orten des Ostens sind vor allem die Tischlereiarbeiter, die bereits länger als die anderen Holzarbeiter gewerkschaftlich zusammengeschlossen sind, nahe daran, ihre Arbeitsbedingungen denen mittel- und westdeutscher Orte gleichzubringen. flk.

Genossenschaftliche Rundschau.

Das organisierte und klassenbewußte Proletariat Deutschlands erkennt mehr und mehr, daß die Arbeiterklasse zur Verbesserung ihrer Lage sich alle möglichen Gebiete nutzbar machen muß. Durch nationale und internationale Kongreßbeschlüsse haben Sozialdemokratie und Gewerkschaften deshalb auch die Möglichkeit der Konsumvereine anerkannt und die Organisierten aufgefordert, diese Genossenschaften zu fördern. Der erste Mai, der Weltfeiertag der denkenden Arbeiterschaft, ist geeignet, diesen Standpunkt der internationalen modernen Arbeiterbewegung stark zu unterstreichen. Arbeit, Ruhe, Erholung sollen zueinander im vernünftigen Verhältnis bei allen Menschen stehen. In diesem Sinne beschloß der denkwürdige Kongreß in Paris im Jahre 1889. Das darf aber nicht nur eine schöne Theorie bleiben, die Arbeiter müssen vielmehr danach streben, diesen Forderungen auch soweit wie möglich praktisch Geltung zu verschaffen. Soweit die Arbeiter privaten Unternehmern gegenüberstehen, müssen sie in heißem Ringen und Schritt für Schritt menschlichere Arbeitsbedingungen erkämpfen. Wo die Arbeiter in Betrieben bestimmend sind oder doch stark mitbestimmen können, wo sie selbst „Arbeitgeber“ sind, dort haben sie Gelegenheit, vorbildlich für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu wirken. Das trifft in hohem Maße bei den deutschen Konsumvereinen zu. Gewiß sind auch sie den Bewegungsgezeiten der kapitalistischen Wirtschaft unterworfen. Es ist unmöglich, daß der Konsumverein ganz von den ihn umgebenden Verhältnissen abzusehen und etwa innerhalb des Kapitalismus so eine Art Zukunftsstaat im kleinen zu sein vermag. Kein vernünftiger Mensch wird das fordern wollen. Das geht schon deshalb nicht, weil der Verein dann gegen seine eigene Bestimmung handeln müßte, den Mitgliedern wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen.

Trotz alledem kann im Rahmen des Konsumvereins manches geschehen, was die Arbeitsbedingungen der Angestellten gegenüber denen in gleichartigen Privatbetrieben wesentlich verbessert. Man muß zugestehen, daß die moderne Konsumvereinsbewegung auf diesem Gebiet recht Anerkennenswertes geleistet hat und den ernstesten Willen bekundet, auf dem beschrittenen Wege weiterzugehen. Es mögen zurzeit etwa 27000 Personen in den Konsumvereinen beschäftigt sein, die dem Zentralverband angehören. Das ist nur ein ganz verschwindender Bruchteil der Gesamtarbeiterschaft. Immerhin ist es nicht belanglos, wenn diesen 27000 Klassengenossen ein besseres Los bereitet werden kann, und alle in Konsumvereinsverwaltungen sitzenden Genossen müssen bemüht sein, darauf hinzuwirken. Und sie brauchen sich dieser ihrer bisherigen Tätigkeit nicht zu schämen, wenn auch noch manches zu wünschen übrig bleibt. So muß es selbstverständlich sein, daß am 1. Mai alle Betriebe und die Läden geschlossen bleiben, wenn die Angestellten diesen Wunsch äußern. Die Mitglieder werden sich bald daran gewöhnen, so wie sie sich den bürgerlichen Feiertagen anpassen müssen, an denen von Gesetzes wegen der Laden geschlossen bleibt. Doch die Hauptsache ist natürlich das Lohn- und Arbeitsverhältnis im allgemeinen. Was wurde da bisher erreicht?

Für alle Angestellten in Konsumvereinen wurden zwischen den in Betracht kommenden Gewerkschaften und dem Zentralverband Tarife abgeschlossen, die näheres über Lohn, Arbeitszeit usw. bestimmen. Es ist also ein wichtiger gewerkschaftlicher Grundsatz: gegenseitige Verständigung und Vereinbarung, Mitbestimmung der Arbeiter, anerkannt und zugleich wohl auch durchgeführt. Der Lohn ist durchweg höher als in gleichen Privatgeschäften, vielfach hat das Ladenpersonal in gewissen Zeiträumen — alle vierzehn Tage — einen halben freien Tag. Im Sommer gibt es Ferien bei Fortzahlung des Lohnes. Mit dem völligen Geschlossenhalten des Ladens am Sonntag sind viele Konsumvereine schon vor Jahrzehnten vorangegangen, ebenso mit dem Achtuhrladenschluß. Die notwendige Überarbeit wird ordentlich bezahlt, und die Arbeitsstelle ist unter normalen Verhältnissen als eine einigermaßen „gesicherte Existenz“ anzusprechen. Daselbe gilt natürlich auch für die Eigenproduktionsbetriebe der Konsum-

vereine. Wir erinnern nur an die musterhaft und mit modernsten technischen Hilfsmittel ausgestatteten Bäckereien. In diesen sind die Einrichtungen geradezu himmelweit verschieden von denen in Privatbetrieben — zugunsten der Arbeiter und auch der Konsumenten. Um die Bestrebungen der Gewerkschaften zu fördern, sind in Konsumvereinen auch die in Gefängnissen und im „Geim“ hergestellten Erzeugnisse verpönt, deren Schmutzkonkurrenz vielfach ein Hemmnis für die Durchführung gewerkschaftlicher Forderungen bildet.

Aber damit ist das sozial vorbildliche Wirken der Konsumvereine noch nicht erschöpft und soll auch nicht erschöpft sein. Diese suchen durch entsprechende Einrichtungen noch mehr zu erreichen. Viele lassen im Winter schon seit Jahren durch Vermittlung der Gewerkschaften unentgeltlich Brot an arbeitslose und bedürftige Mitglieder verteilen. In Notfällen wird ferner ein Vorschuß auf die Rückvergütung gewährt. Hier und da sind Not- oder andere Unterstützungsfonds eingeführt. Am verbreitetsten ist die Sterbeunterstützung, die in Todesfällen an Mitglieder oder Familienangehörige gezahlt wird, ohne daß für diese Unterstützung vorher Beiträge zu zahlen sind. — So zeigen bereits die gegenwärtigen Verhältnisse, daß die Konsumvereine sich außer der vorteilhaften Warenvermittlung noch eine ganze Reihe Aufgaben stellen können, deren Erfüllung den Mitgliedern und Angestellten von materiellem und ideellem Nutzen ist. Und je mehr unsere Genossenschaften innerhalb der Schranken, die ihnen durch den Kapitalismus gezogen sind, dazu beitragen, die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse zu heben, mit desto größerem Recht können sie mit den Worten der Magdeburger Resolution gewertet werden: ein Hilfsmittel im Klassenkampf der Arbeiter! Dazu gehört allerdings, daß Mitglieder und Verwaltungen mit sozialistischem Geist erfüllt sind, daß sie sich einer übertriebenen und ganz zwecklosen „Neutralität“ enthalten, durch die die Masse der Klassenbewußten Arbeiter nur von den Konsumvereinen ferngehalten würde. So soll der erste Mai auch für die Arbeitergenossenschaften seine Bedeutung haben und behalten!

Notizenteil.

Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswesens.

Eine Vermehrung der weiblichen Arbeitskräfte im preussischen Eisenbahndienst kündigt ein ministerieller Erlaß an, und zwar sollen diese vor allem mit einfachen zeichnerischen Arbeiten beschäftigt werden. In mehreren Direktionsbezirken haben sich junge Mädchen bei solchen Arbeiten durchaus bewährt. Eine Eisenbahndirektion hat auch mit gutem Erfolg Frauen im Betriebsraum verwendet. Sie hatten dort bildliche Darstellungen der Zugverbindungen und Zugbesetzungen zu zeichnen, ferner die Abänderung der im Gebrauch befindlichen Fahrpläne vorzunehmen. Der Eisenbahnminister beruft sich auf diese Erfahrungen, die an verschiedenen Stellen gesammelt wurden, um den Eisenbahndirektionen nahezu legen, auch im Betriebsbureau mehr weibliche Personen zum Zeichnerdienst heranzuziehen. Der preussische Eisenbahnminister ist die Sparagnes der Regierung. Ihm kommt es nicht darauf an, die Arbeitsgelegenheiten für das weibliche Geschlecht zu erweitern. Er befolgt des seligen Eugen Richters Weisung: „Stellen Sie mehr Mädchen ein“, weil weibliche Arbeitskräfte billige Arbeitskräfte sind und auch im Staatsdienst mit Hungergroßchen abgepeist werden.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

I. K. Vom Kongress der sozialistischen Partei Hollands. Im Mittelpunkt der Beratungen des Kongresses stand die Agitation für das Wahlrecht aller Großjährigen und die kommenden Wahlen. Eine Regierungsvorlage zur Verfassungsreform liegt vor. Sie schließt die Frauen gänzlich vom Wahlrecht aus und gewährt das allgemeine Wahlrecht nur den Männern, schränkt aber zugleich die Macht der Zweiten Kammer bedeutend ein und wird damit das allgemeine Wahlrecht ziemlich illusorisch machen. Schon zweimal hat die Arbeiterklasse bei der Eröffnung des Parlaments, am sogenannten „roten Dienstag“, für das allgemeine Wahlrecht demonstriert. Der Kongress beschloß, dieses Jahr von der Demonstration abzusehen und bei den Wahlen an die Wähler zu appellieren. Statt zum drittenmal am zweiten Dienstag im September die Massen im Haag zu sammeln, soll am 2. Juni, vor den Wahlen, in den beiden Hauptstädten Hollands eine Tagesdemonstration stattfinden, für die kleineren Städte sind

Abendveranstaltungen vorgesehen. Viele Delegierte waren von diesem Beschluß enttäuscht. Er schien ihnen weniger revolutionär als die dritte Veranstaltung eines „roten Dienstags“. Vielleicht ist das richtig, aber wenn der Beschluß wirklich ein Schritt nach rückwärts wäre, so diene er doch nur dem Zweck, dann desto sicherer vorwärtsdrängen zu können. Die Genossen und die Gewerkschaften werden alles daran setzen, daß die beiden Tagesdemonstrationen durch massenhafte Einstellung der Arbeit so großartig als nur möglich ausfallen, so daß diese Kundgebungen selbst schon einen Schritt nach vorwärts bedeuten. Bei den Stichwahlen wird die Sozialdemokratie nur die bürgerlichen Kandidaten unterstützen, die sich für das allgemeine Wahlrecht der Männer ohne irgendwelche Beschränkung des Rechts der Zweiten Kammer erklären wie dafür, daß in der Verfassungsvorlage alle Bestimmungen gestrichen werden, die gegen das allgemeine Wahlrecht der Frauen sind, ebenso aber auch gegen die Einführung irgendeines Zensuswahlrechts für die Frauen.

Die Frauenorganisation war ebenfalls Gegenstand der Verhandlungen. Wie die deutschen Genossinnen wissen, haben es seinerzeit einige Genossinnen auf sich genommen, sich speziell der Agitation unter den Frauen zu widmen, weil die Taktischen erwiesen hatten, daß diese Agitation sehr zurück war verglichen mit der unter den Männern. Nachdem sie vergebens die Partei zur Gründung eines sozialistischen Frauenblatts aufgefordert hatten, gründeten sie selbst ein solches. Es bildeten sich Propagandaklubs der tätigen Genossinnen, das aber im Einverständnis und mit Zustimmung der örtlichen Parteiorganisationen. Die Mitglieder dieses Klubs mußten Mitglieder der Partei sein, und die Arbeit dieser Frauengruppen stand durchaus auf dem Boden des Parteiprogramms und bezweckte eine rein sozialistische Propaganda. Die Klubs schlossen sich ganz natürlich zu einem Verband zusammen, der das Blatt herausgab, die Führung übernahm und in den Parteifunktionen neue weibliche Kräfte zur Mitarbeit rief. Das Statut des Verbandes wurde von dem sozialdemokratischen Parteivorstand gebilligt, dieser veranstaltete zusammen mit dem Verband zwei Frauentage. Mehrere Jahre schon stand auf Wunsch des Verbandes ein Antrag des Parteivorstandes auf der Tagesordnung des Parteikongresses, das Verhältnis zwischen Partei und Verband zu regeln. Jedesmal kam dieser Antrag nicht zur Verhandlung. Heuer wurde zwar darüber verhandelt, doch ohne daß eine Regelung erfolgt wäre. Die Verhandlungen zeigten, daß die örtlichen Organisationen im unklaren über die Arbeit des Verbandes sind. Was die Genossinnen im Verband befürworten: Eingliederung in die Partei, ward als Anerkennung einer selbständigen Sonderorganisation der Frauen gedeutet. Die holländischen Genossinnen haben stets nur streng sozialistische Agitation getrieben, und zwar mit großem Erfolg. Es ist schmerzlich für sie, daß ihre Arbeit nicht offiziell als Parteiarbeit anerkannt wird, denn offiziös ist der Verband als zur Partei gehörig anerkannt. Doch offizielle Anerkennung oder nicht, wir werden in unserer Arbeit fortfahren, die bitter not tut: mit der Selbstbildung und Selbstschulung der Genossinnen, mit der sozialistischen Propaganda unter den arbeitenden Frauenmassen.

Helene Ankersmit, Amsterdam, Schriftführerin des Verbandes.

I. K. Tausend italienische Landarbeiterinnen in einem Solidaritätsstreik. 70 Tage dauert jetzt — Mitte April — schon ein Streik, der abermals beweist, wieviel Ausdauer, Selbstlosigkeit und Mut die italienischen Proletarierinnen im Befreiungskampfe ihrer Klasse betätigen. Und abermals stehen die Frauen im Vordergrund des Kampfes. Bezeichnenderweise handelt es sich dabei um einen Sympathie- beziehungsweise Solidaritätsstreik. 1911 schloß die Organisation der Landarbeiter und Landarbeiterinnen der Provinz Ferrara mit den Arbeitgebern einen Arbeitsvertrag für vier Jahre ab. Dieser enthielt auch die Bestimmung, daß zur Zeit der Arbeitslosigkeit die vorhandene Beschäftigung unter die Arbeiter und Arbeiterinnen verteilt werden solle, und zwar nach den Feststellungen des Arbeitsnachweises, der von den Arbeiterorganisationen zu errichten und zu leiten wäre. Heuer hat nun diese Bestimmung besondere Bedeutung erlangt. Der Krieg hat zu einem Anschwellen der Arbeitslosigkeit geführt. Viele Familien sind brotlos. Um die Zahl der Arbeitslosen und die Not zu mindern, beschloßen die Arbeiter und Arbeiterinnen, in diesem Jahre den Arbeitsnachweis einzuführen. Aber gerade in diesem Jahre — aus naheliegenden Gründen — haben die Arbeitgeber sich geweigert, den Arbeitsnachweis anzuerkennen. Sie bestehen auf ihrem „Recht“, die Hand frei zu haben bei der Auswahl der Arbeitskräfte, weil sie dann die einzelnen maßlos ausbeuten können und die übrigen als Reservearmee, als hungernde Lohndrücker zur Verfügung haben. Auf dieses frivole Spiel gehen die Arbeiter

und Arbeiterinnen nicht ein. In Massafiscaglia, einer etwa 7000 Einwohner zählenden Ortschaft in der Provinz Ferrara, ruht die Arbeit seit mehr als 70 Tagen vollständig. Auch die nur mittelbar an der Sache beteiligten Proletarier streifen. Mit jedem Tage wird ein größeres Aufgebot bewaffneter Macht nach dem Städtchen entsendet, über das der Belagerungszustand verhängt worden ist. Als Anfang April aus Padua Streikbrecher eingeführt wurden, trat trotz polizeilichen Verbots eine Gruppe streikender Frauen an sie heran, um sie davon zu überzeugen, daß sie keine Streikbrecherdienste leisten dürften. Vier dieser mutigen Frauen wurden von der Polizei gewaltsam zurückgestoßen, an den Armen gepackt — der einen Proletarierin ward das Kleid dabei in Fetzen gerissen — und ins Gefängnis gebracht. Unter den Verhafteten befindet sich eine Mutter mit ihrer Tochter. Trotz der Armut, die in der Gegend herrscht, und der dort üblichen Hungerlöhne haben die Streikenden bis jetzt keine Hilfe von auswärts erbeten. Aus den benachbarten Ortschaften jedoch werden ihnen Mehl und andere Naturalien zugesandt. Die Proletarier dort sind außerstande, ihre streikenden Brüder und Schwestern mit Geld zu unterstützen. So teilen sie mit ihnen das Stück Brot im buchstäblichen Sinne des Wortes. Die Streikenden sind fest entschlossen, so lange im Kampfe auszuharren, bis die Arbeitgeber die proletarische Organisation und die Rechte der Arbeiter anerkennen. a. b.

In der Suppenküche der Streikenden. Aus Brüssel wird dem „Vorwärts“ geschrieben:

36 Suppenküchen sind für Brüssel und die Vororte zur Speisung für die Streikenden eingerichtet. Der Liter Suppe wird um 10 Centimes verkauft. Aber nur bis zum Montag. Von da an wird die Suppe an die Streikenden gratis verabreicht.

Wir nehmen die Trambahn und fahren nach dem Arbeitervorort *Andrecht* bis ans dortige Volkshaus — „*Ons Guis*“ —, denn wir sind inmitten flämischer Arbeiterbevölkerung. Auf der Front lein wir die Inschrift, die jetzt auf allen Volkshäusern prangt: *Soldaten, schießt nicht auf friedlich Streikende!* Vor mir zappeln zwei kleine Mädchen mit baumelnden, echt flämisch blonden Zöpfchen. Sie tragen die Kannen für die Suppe. Und ich folge ihnen durch den Vorgarten zu dem Bretterraum, der als Suppenküche eingerichtet ist. Es scheint, ganz Anderlecht ist auf Suppen lüster. In der Tat, der Ansturm setzt den braven Genossinnen nicht übel zu, die mit roten Waden vor dem ungeheuren Kessel stehen und Liter um Liter ausschöpfen. Wie wird es am Montag bei der Gratisuppe sein?

Wir treten näher, da der Ansturm vorbei ist, und hören uns begrüßen. Wir sehen näher hin und erkennen in der Leiterin der Suppenstation — niemand anderen als die bekannte Führerin der belgischen Frauenbewegung, Genossin *Tillemans*, im Köchinnenkostüm, mit aufgestülpten Ärmeln, den Suppenschöpfer in Händen. Mit ihrem frischen jungen, frühlichen Gesicht — man versteht, daß die Kongreßteilnehmer mißtrauisch lächelten, als die Genossin ihnen im Vorjahr erzählte, sie sei 24 Jahre in der belgischen Arbeiterinnenbewegung tätig — lacht uns die Genossin zu. Ja, es war keine kleine Arbeit heute. Die Leute sind ja wie die Wilden auf unsere Suppe. Ist sie denn so gut? frage ich. Der kleine Keß, der noch da ist, ist zwar schon „vorverkauft“, aber ich bekomme doch noch eine „*Vol*“ zum Verkosten. Und ich koste und finde, daß Genossin *Tillemans* eine nicht minder gute Köchin als Rednerin ist. Und ich mag es gerne glauben, daß sich auch Nichtstreikende Suppenbons zu verschaffen trachten, um einen Liter der vorzüglichen Suppe zu bekommen. Aber Genossin *Tillemans* wacht, daß der Vorteil den Streikenden, und nur den Streikenden zugute kommt. Sieben verschiedene Suppen, erzählt uns die Genossin, haben wir für die Woche — jeden Tag eine andere. Alle sind Fleischbrühen und erhalten dann die beliebten Brüsseler Kräuter als Zusatz oder sind mit Erbsen passiert usw., und das Fleisch wird immer hineingemahlen. Nebenbei bemerken wir auch die Fleischmühle. — Die Genossinnen, Mitglieder der Frauenfektion des Vorortes, arbeiten in „*Schichten*“ — allemal unter Führung ihrer Sektionsleiterin, der Genossin *Tillemans*. Ihr drücken wir die Hand. Auf Wiedersehen am Montag bei der Gratisausteilung!

Frauenstimmrecht.

I. K. Die Frauen und das Kommunalwahlrecht in Italien. Am dem am 5., 6. und 7. April in Mailand abgehaltenen *Verbandsstag* der Gemeinden (*Congresso dell'associazione dei Comuni*) wurde auf Veranlassung unseres Genossen *Sichel*, Abgeordneten, auch das *Gemeinewahlrecht* der Frauen erörtert. Die Frage stand nicht als besonderer Punkt auf der Tagesordnung, sondern wurde im Zusammenhang mit der Frage

des Wahlrechts im allgemeinen besprochen. Die Diskussion über sie war trotzdem eine lebhaft. Genosse *Sichel* beleuchtete das *Frauenwahlrecht* vom sozialistischen Standpunkt und begründete unter Zustimmung eines Teils der Anwesenden eine Resolution zugunsten der kommunalen Rechtsgleichheit des weiblichen Geschlechts. Der reaktionäre Gemeinderat *Tello* wendete sich gegen die Resolution und gab seiner Entrüstung Ausdruck, daß überhaupt von der Ausdehnung des Gemeinewahlrechts auf die Analphabeten und Frauen die Rede sein könne. Merkwürdigerweise hat ein sozialistischer Gemeinderat, Rechtsanwalt *Curtini*, ebenfalls gegen die Resolution gesprochen und gestimmt. Um nicht mit den Reaktionsären verwechselt zu werden, begründete *Curtini* seine Stellungnahme dadurch, daß er zwar nicht etwa prinzipieller Gegner des Frauenwahlrechts sei, aber die Frauen geistig und moralisch nicht für reif genug halte, um der Ausübung ihres Wahlrechts durch die Merkmalen und Reaktionsäre zu widerstehen und den richtigen Gebrauch von ihrem Stimmzettel zu machen. Der Redner legte daher dem Kongreß eine Resolution vor, die ausspricht, daß es notwendig sei, die Frau zu bilden und zu schulen, damit sie befähigt wird, „diejenigen politischen Rechte zu erkämpfen und auszunutzen, die mit der weiteren allgemeinen kulturellen Entwicklung ihr nicht ver sagt werden können“. Die Abstimmung ging unter ziemlicher Erregung vor sich. Von den anwesenden 156 Stimmberechtigten votierten 72 für das Frauenwahlrecht, 82 dagegen und 2 enthielten sich der Abstimmung. Die Verteidiger des Frauenwahlrechts — meist Parteigenossen — begrüßten das unerwartet günstige Ergebnis mit lautem Beifall; Genosse *Sichel* wurde lebhaft Glück zu seinem Vorstoß gewünscht. Der „*Avanti*“, das Zentralorgan der sozialistischen Partei, weist darauf hin, daß Genosse *Curtini* sich durch seine Stellungnahme zum Frauenwahlrecht in Widerspruch gesetzt hat zu den Beschlüssen der internationalen Sozialistenkongresse und Frauenkonferenzen wie auch des italienischen Parteitags zu *Modena*. Er hebt scharf tadelnd hervor, wie reaktionär, unsozialistisch dieses Auftreten war. Die erste Nummer des sozialistischen Frauenblatts „*La Difesa delle Lavoratrici*“ bringt einen Aufruf des *Nationalen Sozialistischen Frauenverbandes*, in dem die Auffassung der Partei vom Frauenwahlrecht festgestellt und die aus ihr folgende Pflicht aller Genossen und Genossinnen zur Agitation dafür stark betont wird, wie auch die Pflicht der Genossinnen und Arbeiterinnen, sich eifrig an der nächsten Wahlrechtskampagne zu beteiligen. Diese Nummer der „*Difesa*“ trägt den Charakter einer Sonderausgabe und wird ausschließlich der *Maifeier* gewidmet sein. Alle in der Partei tätigen Genossinnen sind in ihr durch Beiträge vertreten. a. b.

Die Frau in öffentlichen Ämtern.

Die Zahl der weiblichen Gewerbeaufsichtsbeamten in Deutschland ist im Verlauf der Zeit auf 40 gestiegen. Sie verteilen sich wie folgt: *Preußen* hat 14 Assistentinnen, davon 8 in *Berlin*; *Wahern* 7, von denen 2 den Titel führen „*Inspektorin* im Gewerbeaufsichtsdienst“ und den Gewerbeassessoren im Range gleichstehen; *Sachsen* 5 Assistentinnen; *Württemberg* 2 Gewerbeassessorinnen und 2 Assistentinnen; *Baden* 1 wissenschaftlich gebildete Hilfsarbeiterin, außer der demnächst eine Hilfsassistentin amtierend wird; *Hessen* 2 Assistentinnen; *Sachsen-Weimar*, *Sachsen-Koburg-Gotha*, *Anhalt*, *Oldenburg*, *Hamburg*, *Bremen* und die *Reichslande* haben je 1 Assistentin. Alle weiblichen Kräfte der Gewerbeaufsicht haben Beamtenrang, doch wie ihr Titel ist auch die Art ihrer Verwendung und der Grad ihrer Selbständigkeit verschieden, ebenso das Gehalt, das sich zwischen 1800 und 4200 bzw. 5000 *Mark* bewegt. 1911 wurden in Betrieben, die der Gewerbeaufsicht unterstehen, 1 317 682 erwachsene und 172 535 jugendliche Arbeiterinnen beschäftigt, dazu 7434 Kinder unter 14 Jahren. Schon diese Zahlen lassen erkennen, daß 40 Beamtinnen viel zu wenig für die vorliegenden Aufgaben sind. Das ist aber um so mehr der Fall, als den meisten, wenn nicht allen von ihnen auch die besondere Bewachung der Bestimmungen des *Kinderschutzgesetzes* übertragen worden ist. Für den Ausbau der Gewerbeaufsicht fehlt es den Regierungen natürlich an Geld, weil es ebenso natürlich an gutem Willen fehlt.

Als *Wohnungspflegerin* in *Schöneberg* ist seit dem 1. April *Fräulein Rosenstock* angestellt worden, die bisher Leiterin der Zentralstelle für Lehrstellenvermittlung in *Groß-Berlin* war.